

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando:
Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
mehrwöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühren
betragen für die sechsgehaltene Kolonne
zwei oder deren Raum 40 Pf., für
politische und gewerkschaftliche Besondere
und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Telegraphische Adressen:
„Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Freitag, den 26. April 1901.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Spiegelschere.

Immer wieder wissen die Verfechter hoher Getreidepreise
neue schöne Argumente und statistische Exempel zu erbringen,
um die Wohlthat einer recht beträchtlichenollerhöhung zu
erweisen. Von dem Princip ausgehend, die Menge muß die
Mängel der Qualität decken, arbeiten mit löblichem Eifer in
vorbildlicher Eintracht die „Konservative Korrespondenz“, die
„Agrarkorrespondenz“, die „Korrespondenz des Bundes der
Landwirte“ und die Schweinburgischen „Berliner Politischen
Nachrichten“ daran, neue Beweise für die Notwendigkeit höher
geschraubter Agrarpreise zu entdecken und die kleine agrarische
Presse in Stadt und Land, vornehmlich die Kreisblätter, mit
der nötigen „Wissenschaft“ zu versorgen. Die Beweisfabrikation
ist sogar eine so ausgebreitete, daß schon seit längerer Zeit
eine Arbeitsteilung durchgeführt ist. Während die genannten
vier Korrespondenzen mehr für den Bedarf der unteren
Schichten arbeiten, sind die Russlandschen „Monatlichen
Mitteilungen“ und die von Herrn Dr. Dade redigierten „Nach-
richten vom deutschen Landwirtschaftsrat“ speziell bestrebt, den
höheren Ansprüchen des oberen Agrarstandes zu genügen.

Alleerdings ganz glaubt auch der deutsche Landwirtschaftsrat
sich nicht auf die junkerliche Elite beschränken zu sollen,
neben dem Hauptblatt erscheint ein kleines Anhängel, die
„Korrespondenz des deutschen Landwirtschaftsrats“, die in
zuborkommendster Weise den „berechtigten Redaktionen zur
gefl. unentgeltlichen Aufnahme“ keine wohlpräparierte Aus-
züge aus den Artikeln des Hauptblatts zur Verfügung stellt.

Die neueste Stanzleistung, die in diesen beiden letzten
Publikationen des Landwirtschaftsrats vollbracht wird, ist der
Nachweis des Herrn Dade, daß die Kleinbesitzer mehr Nutzen
von den Getreidepreisen haben werden als die Großbesitzer,
zumal sie weit mehr Weizen, Spelz und Roggen auf den
Markt bringen als letztere. Der Artikel, der an die
Redaktionen aller möglichen Blätter versandt worden zu sein
scheint, hat, wie sich zeigt, ganz besonders den Zweck, den
agrarischen Agitatoren Material für die Einfangung der
Kleinbauern zu liefern und verdient schon deshalb nähere
Prüfung.

Herr Dade bietet für seine Behauptung gleich zwei Be-
weise. Der erste besteht darin, daß er auf die bayrische
Agrarquote von 1894/95 sowie auf die „Statistische Be-
schreibung der Gemeinden des Herzogtums Oldenburg“ hin-
weist und daraus verschiedene Citate anführt, in denen es
heißt, es würde heute mehr Getreide zu Futterzwecken ver-
wendet, als früher, der Bauer produziere vielfach nicht mehr
Korn, als er in eigener Wirtschaft gebrauche, dagegen nehme
die Viehhaltung zu usw. Sodann zieht Herr Dade die
Getreideverkäufe während der letzten drei Jahrzehnte auf den
württembergischen, badischen, hessischen Fruchtmärkten in
Betracht, und da die dort verkauften Mengen bedeutend
abgenommen haben, folgert er einfach: „Die Uebersättigung
des deutschen Marktes mit ausländischem Getreide in den 80er
und noch mehr in den 90er Jahren hat nicht nur einen
enormen Preisdruck hervorgerufen, sondern, was wohl noch
mehr für die Beurteilung der Agrarkrise in die Waagschale
fällt, die Absatzverhältnisse für das einheimische
Getreide in solchem Grade verschlechtert,
daß dasselbe bezirks- und zeitweise unverkäuf-
lich geworden ist.“

Eine rasche Folgerung. Also, weil weniger Getreide
auf den Fruchtmärkten umgesetzt worden ist, folgt ohne
weiteres, daß das übrige Getreide unverkäuflich geblieben
sein muß.

stand des Kleinbesitzes besonders stark vermehrt. So kamen
zum Beispiel auf 100 Hektar der landwirtschaftlich benutzten
Fläche:

Table with 3 columns: Betriebsgröße, 1889, 1895. Rows: Parzellenbetriebs unter 2 ha, Kleinbetriebs von 2-20, Betriebs von über 20.

Daselbe gilt von Baden und Hessen, nur noch in
stärkerem Maße. In Baden kamen 1895 auf je 100 Hektar
des mittleren und Großbetriebs 45 Stück Rindvieh und
20 Schweine, auf den Kleinbesitz von 2-20 Hektar dagegen
89 Stück Rindvieh und 51 Schweine, also weit über das
Doppelte.

Was beweist das? Jedenfalls nicht die Unverkäuflichkeit
des Brotgetreides oder den Rückgang der Landwirtschaft. Es
zeigt einfach, daß der Bauer, und zwar vornehmlich der
Kleinbauer jener Gegend mehr und mehr den Spelz anbau
aufgiebt und sich dafür dem Anbau von Hafer, Gerste, Gemüse
und der Viehzucht zuwendet — ganz erklärlich, da seit Mitte
der 80er Jahre die Spelzpreise gesunken, die Hafer-, Gerste-
und Viehpreise aber durchweg gestiegen sind; und diese
Schwenkung liegt sowohl im allgemein volkswirtschaftlichen,
als in dem eignen Interesse des Kleinbauers.

Ist dies aber der Fall, verkauft der Kleinbauer nur noch
wenig oder kein Brotgetreide mehr, baut er nur so viel,
wie er in seiner eignen Wirtschaft braucht oder kauft er
gar welches zu, welchen Nutzen hat er dann von hohen
Weizen- und Roggenpreisen? Gar keinen, eher Schaden,
Vorteil hätte er nur dann, wenn er die Schwenkung wieder
zurückmachen, die Viehzüchterei aufgeben und dafür Spelz
und Weizen anbauen wollte. Liegt aber denn solche Mühe
in seinem Interesse? Sicherlich nicht, um so weniger, als
nach Ansicht aller Agra-Autoritäten, auch des Herrn Dade
selbst, die Konkurrenz der Weizenproduktionsländer sich in
nächster Zeit noch verstärken und den Weltmarktpreis noch
tiefer herabdrücken wird, als bisher. Dem Großgrundbesitz,
vor allem dem ostelbischen, wäre es allerdings schon recht,
wenn sich der süd- und westdeutsche Kleinbauer zu solchem
Experiment verleitete. Er sieht mit scheelen Augen, daß
der dortige Kleinbesitzer sich auf die Viehproduktion legt,
ihm hierin mehr und mehr Konkurrenz macht, teilweise Märkte
verfängt, für die er früher lieferte, und durch sein Angebot
womöglich noch die heutigen guten Viehpreise herabdrücken
hilft. Auch Dade meint — natürlich so gefast, daß der liebe
„Bruder Bauer“ sich nicht vor den Kopf gestoßen fühlt —

„Aber auch die Rentabilität der Viehzucht hängt an einem
Haar, sie beruht einerseits auf genügendem Schutz gegen das Aus-
land und andererseits auf der Vermeidung einer Uebersättigung
im Inlande. Die letztere wird aber zweifellos eintreten, wenn
nicht der Verkauf der Getreidefrüchte wieder rentabel wird.
Nicht nur der gesamte bäuerliche Besitz, sondern auch der
Großgrundbesitz stützt sich immer mehr auf die Viehproduktion.
Und hierin liegt das gemeinsame Interesse der gesamten Land-
wirtschaft an den Getreidepreisen und vor allem an der Absatz-
möglichkeit desselben oder an der Erhaltung des inländischen
Getreidemarktes für die inländische Getreideproduktion.“

Also die Brotzölle sollen dazu dienen,
daß der kleinere Bauer seine Viehproduktion
zu Gunsten des Großgrundbesitzes ein-
schränkt. Ein recht charakteristisches Eingeständnis.

Wie aber beweist Herr Dade, daß der Kleinbesitz mehr
Korn als der Großbesitz zum Verkauf bringt?

Ganz einfach. Er nimmt sich die Betriebszählung von
1895, die Erhebung über die Ausdehnung des Ackerlandes
im Verhältnis zum Vieh, Weide- und Waldland von 1893,
sowie die Angaben über die Größe der Getreidebauflächen
von 1899 vor und untersucht, wie sich speziell die mit Brot-
getreide (Weizen, Spelz, Roggen) bebaute Fläche zur ge-
samten landwirtschaftlich benutzten Fläche und zum Ackerland
verhält. Das Ergebnis ist, daß 31,86 Proz. des Ackerlands
oder 25,61 der landwirtschaftlichen Gesamtfläche dem Anbau
von Brotgetreide dient.

So weit läßt sich wenig gegen diese Rechenmanipulationen
einwenden; nun aber kommt der Haken. Herr Dade nimmt
nämlich weiter an, daß alle Betriebe, auch die kleinen
Parzellenbetriebe von wenigen Ar in genau demselben Ver-
hältnis den Anbau von Brotgetreide betreiben, wie die
Rittergutsbesitzer, und da nun die Betriebe unter 100 Hektar
75,7, die über 100 Hektar nur 24,3 Proz. der landwirtschaft-
lichen Gesamtfläche umfassen, so schließt er einfach, auch die
Brotgetreidefläche und die Erntemengen
ständen zu einander in demselben Prozent-
verhältnis. Daraus aber ergibt sich, daß die Betriebe
unter 100 Hektar im Durchschnitt der Jahre 1893-99
= 942 Millionen Tonnen, die Betriebe über 100 Hektar nur
2,95 Millionen Tonnen produziert haben.

Herr Dade hat eben erst dargelegt, daß der Kleinbauer
den Anbau von Brotgetreide aufgibt und sich der Viehzucht
zuwendet; hier, wo in seine Rechnung besser das Gegenteil
paßt, nimmt er umgekehrt an, daß der Kleinbesitzer im Ver-
hältnis zur Ausdehnung ebenso viel Brottorn baut, wie der
Großbesitzer, — und nicht nur diese, auch die Handwerker in
den Landstädten, die einen Rückengarten haben, der Arbeiter,

der sich vor der Stadt ein Stück Kartoffelland pachtet, der
Gemüsebauer, der für den Markt der nahegelegenen Stadt
Kohl, Mohrrüben, Zwiebeln, Salat usw. zieht: sie alle betreiben
nach Herrn Dade in demselben Verhältnis den Weizen-
und Roggenbau, wie der ostelbische oder mecklenburgische
Latifundienbesitzer. Es ist wirklich schwer, solchen faulen
Wigen gegenüber ernst zu bleiben!

Doch um die Frage, wer mehr produziert, handelt es
sich überhaupt nicht, sondern darum, wer über seinen
Bedarf hinaus produziert, also relativ mehr zum Ver-
kauf bringt. Ein Kleinbesitzer, der mit Frau, einem er-
wachsenen Sohn und drei kleinen Kindern wirtschaftet, ist,
auch wenn er 25-30 Centner Brotgetreide erntet, kaum im
stande, davon etwas zu verkaufen, denn circa 20 Centner
braucht er für den Haushalt, das übrige für das Vieh.
Demnach muß untersucht werden, wie viel produziert
der Besitzer von 1-100 Hektar; wieviel gebraucht er
in eigener Wirtschaft und wie viel verkauft er. Eine
solche Untersuchung würde jedoch sofort die ganze Ab-
surdität des schönen Dadeschen Exempels ergeben. Die Sache
muß also anders angefaßt werden.

Auf Grund einer höchst konfusen, mit einem halben
Duzend „Wenn“ gespickten Berechnung findet Herr Dade zu-
nächst, daß genau 17 815 187 Personen — Genauigkeit ist
eine Haupttugend der Dadeschen Statistik — ihr Brot und
Mehl „aus selbstgebauntem Getreide entweder direkt gewinnen
oder indirekt nach Verkauf vom Bäcker oder Müller beziehen“.
Bleiben noch ca. 30 Millionen Menschen, die nicht selbstgebauntes
Getreide essen. Pro Kopf 170 Kilogramm gerechnet, macht
6 630 000 Tonnen Brottorn. In dieser Menge liefert nur, wie
Herr Dade ohne irgend welchen Beweis stotterweg annimmt,
der Großbesitz (über 100 Hektar) höchstens 1 850 000 Tonnen,
circa 2 000 000 Tonnen liefert das Ausland, folglich müssen die
Besitzer, die unter 100 Hektar haben, da ja sonst die Rech-
nung nicht stimmen würde, mindestens 2 780 000 Tonnen
Brottorn zum Verkauf bringen — anderthalbmal so viel als
der Großgrundbesitz. Demnach ist auch das Interesse des
Kleinbesitzes am Getreidepreissoll anderthalbmal so stark.

Wers glaubt, darf sich zum Eintritt in den Bund der
Landwirte melden.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 25. April.

Der Reichstag

nahm Donnerstag die zweite Beratung des Geschenkver-
wurfs über die privaten Versicherungsunternehmungen vor. Die
Freisinnigen sind mit den Kommissionsbeschlüssen sehr un-
zufrieden. Sie tadeln eine gewisse bureaukratische Schwer-
fälligkeit und die Möglichkeit einer parteiischen Behandlung
der Versicherungsgesellschaften durch die Regierung. Herr
Nichter montierte gleich zu Beginn, daß der umfangreiche
Kommissionsbericht den Abgeordneten erst am Sonnabend zu-
gegangen sei, so daß den Fraktionen wenig Zeit zur gründ-
lichen Durcharbeitung der Vorlage in der Kommissionsfassung
und zur Vorbereitung von Abänderungs-Anträgen ge-
blieben sei.

Ein freisinniger Antrag verlangte beim § 7, daß die
Kautionsstellung für die neugegründeten Versicherungs-
Gesellschaften aufgehoben und auch die Bestimmung beseitigt
würde, welche die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe von einer
vorherigen Prüfung des Geschäftsplans der Gesellschaften ab-
hängig macht. Die Kommissionsfassung blieb jedoch siegreich.
Erfolg hatte dagegen ein freisinniger Abänderungsantrag bei
dem § 11. Auch hier handelte es sich darum, das Belieben
der Regierung bei der Feststellung des Geschäftsplans einer
Lebensversicherungs-Unternehmung einzuschränken.

Nach der Vorlage soll das sogenannte Zillmer verboten
werden können. Ein Professor Zillmer hat ein System auf-
gestellt, wonach neu begründete Versicherungsgesellschaften
einen Teil der Rücklageprämien zur Bestreitung der Ver-
waltungskosten verwenden können. Die Methode beruht auf
der Erfahrung, daß bei neu gegründeten Gesellschaften Todes-
fälle der Versicherten nicht in demselben Umfange eintreten,
wie es später die Regel wird, wenn die Gesellschaft eine
Reihe von Jahren besteht und ein normaler Prozentsatz von
Todesfällen der Berechnung zu Grunde gelegt werden muß.

Auch unsere Partei sah in dem freisinnigen Antrag keine
Verminderung des Schutzes der Versicherten und drückte durch
Genossen Segis ihre Zustimmung aus. Da auch die Mehrheit
des Centrums unter Führung des bayrischen Abgeordneten
Dr. Heim sich für den Antrag erklärte, blieb der Widerspruch
der Regierung erfolglos.

Der nächste freisinnige Abänderungsantrag war zum
§ 81 gestellt, der die Kosten des Reichs-Versicherungsamts
für private Versicherung den Gesellschaften zur Hälfte auf-
erlegen will.

Die Freisinnigen beantragten, die Versicherungsanstalten
von den Kosten für die Aufsicht zu befreien und das Reich
damit zu belasten. Sie waren der Meinung, daß diese Kosten
von den Gesellschaften doch auf die Versicherten abgewälzt
werden würden. Da die Nationalliberalen durch den Abg.
Wising sich gegen diesen Antrag erklärten, gegen den auch
Graf Posadowsky gesprochen hatte, schien die Ablehnung
sicher. Nun bezweifelte Eugen Richter die Beschlußfähigkeit
des Hauses. Die Auszählung ergab, daß nur 138 Mitglieder
zur Stelle waren. So mußte die Sitzung aufgehoben werden.

Erst am Montag wird der Streit über den § 81 ausgetragen werden. Graf V. Alvensleben sah sich schweren Herzens genötigt, bis dahin zu verschieben, da es doch vollständig aussichtslos ist, daß das Haus morgen oder übermorgen beschlußfähig sein wird.

Montag steht die Fortsetzung der heute abgebrochenen Beratung sowie die dritte Lesung des Urheber- und Verlagsrechts auf der Tagesordnung.

Eine Interpellation im Reichstag

über den Stand der Vorbereitungen zur Polltarifffrage fordert die „Deutsche Tageszeitung“. Das agrarische Blatt ist in höchstem Verdruss, daß die Regierung ihm den Brotwucher nicht ganz so schnell endgültig sichert wie es wünscht, und daß gar einige Bundesstaaten die frevelhafte Absicht haben sollen, die Tarifvorlage einer gründlichen Durchberatung unterziehen zu wollen. Gegenüber dieser pflichtgemäßen Haltung der Bundesregierungen beginnt die agrarisch-konservervative Presse lärmende Einschüchterungsversuche. Das Blatt des Bundes der Landwirte schreibt:

„Ohne eine Interpellation wird die Unklarheit fortbauern, die wüste Agitation gefördert werden, die schlimme Verführung, die wir oben andeuten, sich festsetzen und im letzten Grunde die Autorität der Regierung eine bleibende und kaum wieder gut zu machende Wunderrung erfahren. Es gereicht uns deshalb zur Genugthuung, daß der Gedanke, eine solche Interpellation einzubringen, im Reichstag bereits angeregt worden ist und hoffentlich demnächst feste Gestalt gewinnen wird.“

Die „Pommersche Reichspost“, das Organ der pommerschen Konserverativen, schlägt ähnliche Töne an:

„Soviel ist für jeden klar, daß unsere innerpolitische Lage zur Zeit sich in einer heillosen Verwirrung befindet und daß an maßgebender Stelle sich zum mindesten die Anfänge eines Frontwechsels bemerkbar machen. Während bisher eine gewisse Absicht zur Durchführung des Schutzes der nationalen Arbeit erkennbar war, steuert man heute unter der Flagge des Manchestertums, und zwar mit Vollaufschlag. In den Schwierigkeiten im Reich treten nun die aus der Kanalvorlage sich ergebenden Schwierigkeiten in Preußen hinzu; denn daß der Landtag sich zur Annahme der ganzen Kanalvorlage entschließen sollte, glaubt kein Mensch. Wir stehen somit vor dem Andruck einer schweren inneren Krise. Die innerpolitische Lage ist in hohem Grade unklar und unbefriedigend und zwar unbefriedigend für alle Teile der Bevölkerung.“

Der agrarische Born wird sich noch steigern, wenn die Meldung der „Hamburger Nachrichten“ richtig ist, daß sich neuerdings in maßgebenden Regierungskreisen eine Meinungsänderung vollzogen habe insofern, als diejenigen Stellen, welche früher für die Aufstellung von Minimal- und Maximalzollätzen wenigstens für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse eingetreten waren, diesen Standpunkt verlassen und auch die Einheitszollsätze als ausreichend anerkannt haben.

Kaiserliche Lehren.

Die Reden des Kaisers bewegen sich seit jeher in Kontrasten. Es wechseln sich optimistische und pessimistische Stimmungen. Nach der Versicherung, daß er das deutsche Volk zu herrlichen Taten führen werde, folgt die Klage über die schweren Schäden der Zeit. So hat auch jetzt Wilhelm II., nachdem er eben noch über das Sinken der Autorität seinen Innern ausgesprochen und an die Wajonette appelliert, in Bonn unter den Studenten sich durchaus hoffnungsvoll und frohmütig über die deutsche Zukunft geäußert, und ist nur an einer Stelle bei dem überraschenden Hinweis auf seinen Tod anscheinend in die Gefühlssphäre der Alexandriner-Rede zurückgekehrt.

Aberdings hat der Kaiser auch in der Bonner Rede seinen mannigfachen Beschwerden Ausdruck verliehen, diesmal jedoch in der indirekten milderen Form der historischen Anspielung. Er sahnte den Untergang des alten römischen Reichs deutscher Nation zum Teil auf seinen unversalfen Charakter zuweist aber auf das deutsche Nationalaster des „Reiches“ zurück. „Die Fürsten neideten den Kaisern ihre Macht“, „der Adel benutzte die reich gewordenen Städte“, es liegt nahe, diese Sätze auf den heutigen Agrarierhaß gegen die Städte zu übertragen. Sehr scharf trat auch bei dieser Gelegenheit die intime neuerliche Englandfreundlichkeit des Kaisers hervor. Er erinnerte an den „edlen Prinzgemahl“ der Königin Victoria, „die stets ein friedliches, freundliches Verhältnis zwischen ihrem und unserem Volk, die ja beide germanischen Stammes sind, angestrebt hat.“ Das zielte offenbar gegen die Alldeutschen.

Wichtiger ist es, sich darüber klar zu werden, wie der Kaiser den Begriff des Nationalismus auffaßt. Indem er vor „Isomopolitischen Trümmern“ warnt und erklärt, das Wesen der Nation liege „in der Abgrenzung nach außen der Persönlichkeit des Volks und seiner Masseigenschaften“ — so möchte man annehmen, Wilhelm II. fasse den Begriff der Nation im Sinne der Masse oder des Stammes, obwohl dann freilich das Deutsche Reich mit seinen Polen, Dänen, Franzosen, Litauern, Russen, Wenden, Slawen usw. kein nationaler Staat wäre. Diese Auffassung kann der Kaiser also nicht haben; denn er feiert gleichzeitig als Nationalhelden Bonifacius, Wallher von der Vogelweide, Goethe und Schiller, von denen der erstgenannte doch ein Engländer ist, Goethe und Schiller aber gute Weltbürger sind, deren Art nationaler Gefinnung durchaus der sozialdemokratischen Auffassung entspricht, sondern eine notwendige Ergänzung bilden. Auch Goethe und Schiller dachten, wie unser Herwegh, der Revolutionär sang:

Vor einem Altar, dem der Freiheit, reichen
Sich Völker nun die Hand,
Und weiter als die Vorbeeren und die Eichen
Dehnt sich das deutsche Vaterland.

Indem der Kaiser sich schließlich zu dem Christentum bekennt, das doch in seinem innersten Wesen Universalismus, „Isomopolitische Trümmerei“ ist, wird die Deutung vollends schwierig, wenn nicht unmöglich.

Im übrigen ist die letzte Kaiserrede augenscheinlich keine Improvisation, sondern eine sorgsam vorbereitete Rundgebung.

Deutsches Reich.

Maßregeln bei Kaiserbesuchen. Die der „Volks-Zeitung“ aus Bonn gemeldet wird, wurden bei der Anwesenheit des Kaisers ausländische Arbeiter, besonders Italiener, unter polizeiliche Obhut genommen. Einige wurden interniert und sollen erst nach der Abreise des Kaisers wieder entlassen werden.

Das Kanalcompromiß. Das Miquel-Schweinsburger Organ erklärt die Genettheit, auf die Festsitzung Anregung in der Kanalvorlage einzugehen: Wenn das Zustandekommen der wasserwirtschaftlichen Vorlage dadurch erleichtert werden sollte, daß durch Einreichung der Jahresbudgets in den Etat dem Landtage eine Mitwirkung bei der Ausführung der Bauten eingeräumt wird, so wäre eine entsprechende Aenderung der Vorlage sicher diskutabel und es wären

grundsätzliche Einwendungen von Gewicht dagegen kaum zu erheben, zumal ein solches Verfahren auch für die Durchführung des Flottenbauplanes im Reich beliebt worden ist. Die Pille wird fürs Schlimme präpariert!

Rabiate Unteroffiziere. Wegen schwerer Körperverletzung hatten sich vor dem Kriegsgericht in Mainz die Unteroffiziere Ludwig Platt und Wilhelm Rathes vom 117. Infanterieregiment zu verantworten. Die beiden Angeklagten suchten in der Nacht des 23. März eine Gastwirtschaft auf und gerieten dort mit zwei Arbeitern in Streit. Sie wurden aus dem Lokale verwiesen und warteten nun auf der Straße, bis die beiden Arbeiter das Lokal verließen. In großer Erregung stellten die Soldaten nun die Arbeiter nochmals zur Rede und mißhandelten sie. Die Arbeiter behaupten, sie seien mit dem Seitengewehr geschlagen worden. Die Unteroffiziere wollen jedoch nur blank gezogen haben, was übrigens auch unter Strafe gestellt ist. Dem einen der Zivilisten gelang es, zu entfliehen; er lief aber später den Angeklagten wieder in die Hände und wurde von neuem zu Boden gerissen und mißhandelt. Der Vertreter der Anklage beantragte der Schwere des Vergehens entsprechend für Platt eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten, für Rathes eine solche von zwei Monaten zwei Wochen. Der Gerichtshof ließ jedoch bei Abmessung der Strafe mildernde Umstände walten und verurteilte Platt zu vier Wochen, Rathes zu sechs Wochen und einen Tag Gefängnis.

Der Fall Bading vor dem Kriegsgericht.

Der Fall Bading, der Ende Februar d. J. zu ausführlichen Debatten zwischen dem Vertreter des Kriegsministeriums und unseren Genossen im Reichstage geführt hatte, gelangte am Donnerstag vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Infanterie-Division zur Verhandlung.

Der Rittmeister Wilhelm Bading von der 12. Compagnie des 4. Garde-Regiments zu Fuß wurde am 2. Januar d. J. als erkrankt in das Garnison-Lazarett in der Schamhorststraße eingeliefert. Bei der ärztlichen Untersuchung sah heraus, daß B. an einer Eiterung unter dem rechten Brustmuskel litt und sein Zustand äußerst bedenklich war. Seinem Stiefbruder gegenüber, sowie dem Vater, Maurer Wilhelm Bading hat der Kranke mitgeteilt, daß die Geschwulst an der rechten Schulter davon herrühre, daß ihn sein Rekruten-Gesetzter Karl Haas zwischen Weihnachten und Neujahr beim Griffelübungen mit dem Gewehrkolben gegen die Schulter gestoßen habe und daß sein Leiden von dieser Mißhandlung herrühre. Bading ist dann am 10. Januar infolge der Vereiterung gestorben. Gegen den Rittmeister Bading wurde Anklage wegen Mißhandlung erhoben, doch wurde unterm 19. Februar d. J. das Verfahren eingestellt, weil die angestellten Ermittlungen keinen Anhalt für die Schuld des Haas ergaben. Auf Grund der Debatten im Reichstag hat jedoch das Kriegsgericht eine neue Untersuchung wider Haas eingeleitet.

In der gestrigen Verhandlung waren die Angehörigen des verstorbenen Bading, sämtliche Rekruten-Kameraden des letzteren, der Korporalschaftsführer Charlier, der Vice-Feldwebel Chbil, Feldwebel Harder, Lieutenant v. Dylar und die Oberlieutenant v. Ramm und v. Drejow erschienen. Der Angeklagte, der 21 Jahre alt ist, leugnete entschieden die ihm zur Last gelegte Schuld, Bading mit dem Gewehrkolben mißhandelt und dadurch den am 10. Januar erfolgten Tod des Kameraden verursacht zu haben.

Der Vater des Verstorbenen, Maurer Bading, sagte aus: Am 5. Januar habe er seinen Sohn zum erstenmal im Lazarett besucht. Wilhelm habe ihm auf die Frage, wie er denn krank geworden sei, nach einigen Jögern erzählt, daß Haas ihn beim Zielen auf der Stube mit dem Kolben gegen die rechte Brust gestoßen habe, und zwar an einem Tage zwischen Weihnachten und Neujahr. Der Unteroffizier hätte auch schuld gehabt. Denn er, Bading, sei vor Weihnachten schon von den Kameraden geschlagen worden, und ein Schlag hätte ihn ins Auge getroffen, so daß er drei Tage bettlägerig gewesen sei. Als er herausgefunden wäre er wieder geschlagen worden. Er habe es überhaupt nicht gut gehabt. Der Vater Badings hat dieses Geständnis am 6. Januar dem Feldwebel Harder gemeldet. Sein Sohn sei vor seiner Dienstzeit niemals krank gewesen.

Der Stiefbruder des Verstorbenen, der in Berlin wohnende Diener Buchholz, hat B. bereits am 4. Januar im Lazarett besucht und da hat dieser ihm wörtlich mitgeteilt: „Mein Leiden kommt von der Charginierung her. Auf dem Scheidestand hat mich der Feldwebel getroffen. Aber der hat's nicht so schlimm gemacht. Viel schlimmer hat es der Haas gemacht, denn der hat mich mit dem Gewehrkolben derartig getroffen, daß ich rüttlings wider das Spind slog und nun krank daniederliege.“ Buchholz hätte darauf gesagt, daß er die Angelegenheit der Compagnie melden wolle. Bading aber habe gesagt: „Thu dies nicht, sonst kriege ich von den Kameraden noch viel mehr.“ Ferner führte der Zeuge an, daß sein Stiefbruder auf einer Hochzeit am 4. November zu dem Knecht Bethge und dem Maurer Paroll gesagt habe, daß es ihm bei der Compagnie schlecht gehe und daß er in ähnlicher Form sich bei der Dienstmannschaft karittlich beklagt habe.

Der Zeuge Rittmeister K a u f m a n n war rechter Nebenmann Badings im Bilde. Er hat nie gesehen, daß Haas den B. getroffen habe. Dagegen habe ihm Bading, kurz bevor er nach dem Lazarett ging, gesagt, er hätte die Geschwulst schon einmal vor seiner Einstellung als Soldat gehabt. Dieselbe Aussage macht der Rittmeister Johannes, der hinzugeht, B. hätte geäußert, wenn er die Geschwulst mit Schmalz einreibe, gehe sie wie vor zwei Jahren von selbst weg. Etwa zehn Rittmeister bekräftigen dann unter ihrem Eide, daß sie niemals gesehen hätten, daß Haas den Bading getroffen habe. Korporalschaftsführer Unteroffizier Charlier hat, als Bading sich krank fühlte, die Geschwulst besichtigt. Der Patient habe ihm gesagt: „Das wird schon von selbst wie früher fortgehen.“ Feldwebel Harder hat die Krankheit des Bading sofort dem damals compagnieführenden Oberlieutenant von Ramm gemeldet. Er hat den Bading, als derselbe vom Revier zurückkam und ärztlicherseits die Anweisung erhalten hatte, sofort ins Lazarett zu gehen, gefragt, wovon die Geschwulst wohl kommen könne. Darauf habe B. erwidert, er wisse nicht von was, möglich sei es, daß sie vom Schießen herrühre. Herr Buchholz habe ihm am 6. Januar mitgeteilt, Bading möchte ihn gern einmal sehen. Daraufhin habe er den Kranken am 7. oder 8. besucht und ihn in starken Fieber liegend gefunden. Harder fragte Bading nochmals, woher er sich das Leiden zugezogen, und hierauf erklärte der Rekrut, daß Haas ihm den Gewehrkolben zu fest in die Schulter eingesezt habe. Seiner Ansicht nach sei der Kranke damals klar im Kopfe gewesen.

Oberlieutenant v. Ramm führte die Compagnie von Weihnachten bis kurz nach Neujahr. Feldwebel Harder hatte ihm gemeldet, daß B. eine Geschwulst habe und daß nach dem Gutachten eines Sanitäts-Unteroffiziers hierbei Mißhandlung vorliegen könne. Er, v. Ramm, habe nun in den Mann gedrungen, woher das Leiden sei. Ihn v. R. nicht die Invalidenansprüche abzuschneiden, hätte er B. gefragt, ob die Geschwulst nicht etwa vom Schießen gekommen sei. B. aber habe gar nichts gesagt. Hierauf hat Herr v. R. die Geschwulst besichtigt, dieselbe jedoch nicht blank angefaßt, sondern ausgedehnt verschlossen gefunden.

Oberlieutenant v. Drejow war auf Urlaub, als B. ins Lazarett kam. Als er zurückkehrte, hat er bald darauf den B. im Lazarett besucht, wollte und konnte jedoch ihm nach dem Thatbestand nicht befragen, da sich der Rekrut in hochgradigem Fieber befand. Dagegen hat Herr v. D. den Buchholz sowie den Vater des Bading in der Kaserne empfangen und mit ihnen die einzelnen Punkte verhandelt.

Der Sachverständige, Stabsarzt Dr. Wagner, giebt mir Bericht über den objektiven Befund. Bading, der am 2. Januar früh in das Lazarett gekommen sei, klagte über Schmerzen in der rechten Schulter und zwar seit der Nacht zum 31. Dezember. Diese wären, wie der Patient glaubte, verursacht durch das Einsetzen der Kolben in die Schulter. Die Schmerzstelle war mäßig gerötet, eine derartige Anschwellung sei

charakteristisch bei Infanteristen infolge der häufigen Ziellübungen. Dieselbe Schwellung komme wohl auch bei Mannen vor (der Verstorbene ist auch Maurer gewesen) durch Tragen der Kelle auf der rechten Schulter. Der Tod des Bading sei durch langsame hohes Fieber und durch Bluterregung verursacht. Uebrigens seien bereits in diesem Jahre drei derartige Fälle im Gardecorps tödlich verlaufen. Es liege sich nicht nachweisen, ob die Krankheit durch allmähliche Entwicklung nach Art der Gewerkekrankheiten oder durch einen Schlag mit dem Kolben hervorgerufen sei.

Um 2 Uhr nachmittags verlagte der Gerichtshof die Verhandlung zu Montag und beschloß die Ladung neuer militärischer und Zivilzeugen.

Gehelmnisse des Christentums. In einer Mainzer Kaserne befindet sich über einer Thür folgendes erbaute Sprüchlein:

Das walle Gott, mehr braucht es nicht
Wer das Gebet von Herzen spricht,
Darf an sein Werk mit Freuden geh'n
Und treuer Hilfe sich verjeh'n!

Fünf Schritte weiter befindet sich über einer andren Thür eine Tafel mit folgendem Inhalt:

Schlage beständig!
Ist das Bajonett zerbrochen,
Schlage mit dem Kolben,
Verlagt der Kolben,
Schlage mit den Fäusten,
Sind die Fäuste zerbrochen,
Weiße mit den Zähnen um Dich!

Wie mag es in einem Kopf aussehen, der diese christliche Gesinnung in Theorie und Praxis nebeneinander beherbergt und beherzigt.

Demokratische Brotverkürzer. Aus Baden wird uns geschrieben: Die politischen Epigonen der Volksmänner von 1848/49 spielen in der Frage der Getreidezoll-Erhöhung eine überaus klägliche Rolle. Die principielle Einheit und Geschlossenheit der Partei ist darüber völlig in die Brüche gegangen und hat das ohnehin nicht sonderlich ansehnliche Bild, das die Haltung der badischen Demokratie während der letzten Jahre bot, vollends zur abstoßenden Karikatur einer Volkspartei verzerrt. Es zeigt sich hierbei wieder aufs deutlichste, wie gering die Lebensfähigkeit einer Partei ist, die, da sie sich als eine wesentlich politische aus den Angehörigen der verschiedensten sozialen Interessengruppen rekrutiert, angeht alle wichtigeren Streitfragen socialer Natur sich vor die unlösliche Aufgabe gestellt sieht, die divergierendsten Anschauungen und Wünsche unter einen und denselben Hut zu bringen.

Traten schon im Lauf der letzten Landtagssession innerhalb der demokratischen Kammerfraktion da und dort in mehr oder weniger verdeckter Weise agrarische Tendenzen hervor, so hat sich jetzt, bei der Stellungnahme zur Getreidezoll-Frage, in der Partei ein tiefgehender Riß gebildet, der das völlige Auseinanderfallen des lockeren Parteigefüges nur deshalb nicht zur Folge hat, weil die Dehnbarkeit des demokratischen Gewissens untrer Volksparteiler nachgerade eine unbegrenzte geworden ist. Es wäre sonst völlig unverständlich, wie eine Partei, deren Programm die „Beseitigung der indirekten Steuern durch Einführung eines einheitlichen Systems direkter Steuern mit Progressivitäten“ fordert, sich nicht mit aller Entschiedenheit gegen eine Zollmaßregel wenden sollte, die, da sie als Kopfsteuer wirkt, alle die schlimmen Eigenschaften der indirekten Besteuerung in sich vereinigt.

Auf der dieser Tage in Offenburg stattgehabten Landesversammlung der badischen Volksparteiler kam die Klägliche Verfahrensweise in der Getreidezollfrage deutlich zum Ausdruck. Während der Rechtsanwalt und Landtags-Abgeordneter Muser-Offenburg sich aufs entschiedenste gegen jede Erhöhung der bestehenden Zollsätze aussprach, trat sein Kammerkollege Professor Heimburger-Karlsruhe mit derselben Entschiedenheit für die Zollerhöhung ein. Auch unter den andren Rednern herrschte in dieser Frage die größte Meinungsverschiedenheit, so daß die große Mehrheit der Versammlung sich auf den Ausdruck des schmerzlichen Bedauerns darüber beschränken mußte, daß in einer grundsätzlich so außerordentlich wichtigen Frage keine Einmütigkeit zu erzielen war.

Die Führer der badischen Demokratie scheinen nicht einzusehen, daß sie auf dem besten Wege dazu sind, das letzte Quentchen von Ansehen preiszugeben, das ihre Partei beim Volke noch genießt. Sie müßten denn bereits zu der unsrer Erachtens allerdings nicht ganz unbegründeten Ueberzeugung gelangt sein, daß sie an politischem Kredit bei unsrer Bevölkerung überhaupt nichts mehr zu verlieren haben.

Eine Parteidiskussion

hat sich an die Bewilligung des Stats durch unsre Parteigenossen in der Badischen Kammer angeknüpft. Unser Parteiperson in Mannheim äußert den Wunsch, daß auch der „Vorwärts“ zu der Frage Stellung nehmen möge.

Unseres Erachtens besteht eine Frage für die Partei hier überhaupt nicht. Der Parteitag in Frankfurt a. M. im Jahre 1894 hat ausdrücklich über die Stellung der Sozialdemokratie zu den Stats der deutschen Einzelstaaten diskutiert und die Unmöglichkeit unsrer Zustimmung zu diesen Stats als die Meinung der weit überwiegenden Mehrheit der Partei festgestellt. Seit 1894 ist unsres Erachtens nichts geschehen, was eine veränderte Stellung unsrer Partei bedingen könnte.

Nicht der Fürst sondern die Grafen. Mit Bezug auf den der „Täglichen Rundschau“ entnommenen Artikel in Nr. 74 unsres Blattes vom 28. März cr. werden wir um Ausnahme der folgenden Berücksichtigung ersucht:

1. Es ist unrichtig, daß der inzwischen pensionierte Berggraf Hillebrand als Repräsentant der Zinkergrube Ausschluß zu dem Fürsten von Donnermarsd irgend welche Beziehungen hatte. Derselbe stand vielmehr ausschließlich im Dienste der Grafen Hugo, Loth und Arthur Hendl von Donnermarsd, welche als Besitzer von über 78 Acker über die Majorität der im ganzen 122 gewerkschaftlichen Acker der Aufschlußgrube verfügen und als solche die Ackerbetriebsleitung der genannten Grube herbeigeführt haben.

2. Es ist unrichtig, daß bei den erwähnten Verhandlungen in der Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Weuthen auch nur mit einem Worte von dem Fürsten von Donnermarsd die Rede war. Das Vorgehen der Stadt richtet sich vielmehr ausschließlich gegen die Grafen Hugo, Loth und Arthur Hendl von Donnermarsd, welche als Majoritätsgewerker über die Zinkergrube Ausschluß verlagten.

Die in dem fraglichen Artikel aus den erwähnten Verhältnissen gezogenen Schlußfolgerungen sind hiernach bezüglich des Fürsten von Donnermarsd durchweg unzutreffend.

Für die Verteilung der Sache selbst ist es natürlich vollkommen gleichgültig, ob es der Fürst oder die Grafen sind.

Ausland.

Dänemark.

Die Maßregelung des Assistenten Chlsen durch den Minister. Jan. Nissen wird nicht allein von der Opposition scharf verurteilt, sondern auch ganz allgemein von den Konserverativen gemißbilligt. In einer Wählerversammlung in Aarhus, die kurz vor der Wahl stattfand, sagte, als die Sache bekannt gemacht wurde, der Kandidat der Konserverativen: „Wofür sich Jan. Nissen dessen schuldig gemacht hat, erkläre ich ihn für verrückt.“ Ueberall in der Bevölkerung wird dieser Eingriff des Ministers in die staatsbürgerlichen Rechte eines Beamten als ein schweres Unrecht empfunden und keiner wagt es, das zu entschuldigen.

Es ist zweifellos, daß sich das gegenwärtige Ministerium nicht lange mehr zu halten vermag und man hat sich bereits in den leitenden Kreisen mit dem Gedanken an ein

Ministerium der Linken vertraut gemacht und manche der liberalen geben sich die größte Mühe, sich nun auch nach oben hin beliebt zu machen. Der hier hauptsächlich in Betracht kommende Politiker Alberti, Redacteur des „Dannebrog“, hat kürzlich zum Geburtstag des Königs einen so fernwärtigen, freiwirtschaftlichen Jubiläumssartikel verbrochen, daß auch die konservativen Blätter ihren Ekel und Widerwillen gegen diese ungeschickte Speculation auf dem Ministerstisch zum Ausdruck brachten und von vielen wird es ernstlich in Erwägung gezogen, ob es nicht besser sei, es gleich mit einem socialistischen Ministerium zu versuchen. —

Schweden.

Die zweite Kammer des Reichstags verhandelte am Sonnabend über einen Antrag des Genossen Hjalmar Branting für Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechts und des proportionalen Wahlsystems für kommunale Wahlen. Dieser Antrag wurde seiner Zeit einem Ausschuss zur Prüfung überwiesen, der vor kurzem sein Urteil dahin abgab, daß er die Annahme des Antrags nicht empfehlen könne. Das gegenwärtige (plutokratische) System (bei dem bis zu 100 Stimmen auf eine Person vererbt werden, während die Masse der Bürger rechtlos bleibt) sei gut, so wie es sei, und Gleichheit bei den kommunalen Wahlen sei ein ganz falsches Princip. Ob gerade die 100 Stimmen das richtige Maximum seien, wolle der Ausschuss nicht entscheiden, aber er meinte doch, daß man an dem 100 Graden festhalten solle. — Branting ging mit diesen Verteidigern der Vollstreckung in längerer Rede scharf ins Gericht. Seinen Ausführungen gegenüber konnte der Vorsitzende des Ausschusses nur den Einwand machen, daß die Zeit noch nicht reif sei für die Reform. Alle andern Redner sprachen sich, wenn auch nicht für den Antrag Branting, so doch für eine Revision des Wahlsystems unter Zustimmung des Hauses aus. Es ist das innerhalb dreier Jahre das zweite Mal, daß die zweite Kammer für die Revision des Kommunal-Wahlrechts votiert. Aber die erste Kammer steht noch wie eine Mauer und dort wird die Sache wohl auch diesmal scheitern. —

Oesterreich-Ungarn.

Der Fall Seitz. Der unter Luegerscher Diktatur stehende Wiener Bezirks-Schulrat hat seinen socialdemokratischen und bei der letzten Wahl in den Reichsrath gewählten Lehrer Seitz aus dem Amte gemahregelt, weil Seitz in seiner Eigenschaft als Bezirks-Schulrat angeblich gegen ein anderes Mitglied des Schulrats sich grobe Behandlung hätte zu Schulden kommen lassen. Die Maßregelung war offensichtlich nichts als ein verübter Streich gegen den verhassten politischen Gegner. Die Angelegenheit wurde, wie erinnerlich, vor den Reichsrath gebracht und die betreffende Verhandlung gestaltete sich zu einer schweren Niederlage für Herrn Lueger und die christlich-socialen Partei.

Jetzt hat der Landes-Schulrat die Entscheidung des Bezirks-Schulrats aufgehoben, dafür aber eine neue Ungleichheit degradiert werden. In einer solchen Disciplinierung ist aber der Landes-Schulrat überhaupt nicht befangen. Die Angelegenheit geht nunmehr an das Ministerium, und es wird sich zeigen, ob dieses aus Furcht vor der Luegererei die gesegnete Vergewaltigung des socialistischen Lehrers gütlich wird. —

Der socialpolitische Ausschuss des Abgeordnetenhauses beendigte die Beratung des Gesetzes betreffend die Ausrüstung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau und nahm, trotzdem der Regierungsvortrag sich gegen diese Fassung ausgesprochen hatte, mit 15 gegen 11 Stimmen einen Antrag Schumeyers an, nach welchem die ausnahmsweise Bewilligung einer längeren als durch das Gesetz normierten Schichtdauer nur mit Zustimmung des Arbeitgebers und des lokalen Arbeitersausschusses zulässig sein soll. —

Schweiz.

Büsch, 22. April. (Fig. Ver.) Auf den Ausgang der gestrigen Stadtrats-Wahlen in unserer Stadt war man in den weitesten Kreisen gespannt. Es handelte sich um die Wahl des kleinen Stadtrats (Magistrats), der aus 9 Mitgliedern besteht. Die Demokraten ließen einen ihrer eignen Vertreter, der vor 3 Jahren in Gemeinschaft mit unsren Genossen gewählt worden war, wegen angeblicher Unfähigkeit fallen und stellten für ihn den Socialdemokraten Böh, Stadtschreiber in Zürich, auf. Die Freisinnigen schloßen sich diesem Vorgehen in beiden Richtungen an. Die Socialdemokraten acceptierten mit Vergnügen die ihnen von den Bürgerlichen präsentierten socialdemokratische Kandidatur, hielten aber an der Kandidatur des von jenen benannten Demokraten Müller fest und nahmen dafür den liberalen Stadtrat Süh nicht auf ihre Liste. Darüber natürlich große Enttäuschung im liberalen, Erstarken im demokratischen Lager. Im den Humor dieser Wahlituation noch weiter zu steigern, erklärten die Liberalen und Demokraten in Auserfähl, als dessen spezieller Vertreter Müller betrachtet worden war, da er in diesem Kreise wohnt, in Uebereinstimmung mit den Socialdemokraten der ganzen Stadt, an dessen Kandidatur festzuhalten. Unsere Genossen hatten ferner den liberalen Stadtpräsidenten Pestalozzi bekämpft und ihm in der Person des Stadtrats Vogelfänger einen Gegenkandidaten gegenübergestellt und für dessen Stelle als Stadtrat Genossen Prof. Erdmann aufgestellt. Das Ergebnis war nun die Wiederwahl Pestalozzis als Stadtpräsident mit 10 729, die Wiederwahl Vogelfängers als Stadtrat mit 15 020, die Wahl Böh mit 13 182 Stimmen, während Müller mit 8622 Stimmen weggefallen wurde und Genosse Erdmann 5386 Stimmen erhielt. Die Stimmbeteiligung war leider wiederum eine schwache. Die Socialdemokraten haben demnach nun im kleinen Stadtrat 2 Vertreter, während sie bisher auf 9 Mitglieder nur einen hatten. In Auserfähl ist noch ein erfreulicher Erfolg erzielt worden mit der ohne Gegenkandidatur erfolgten Wahl des Genossen Greulich in den Kantonsrat, aus dem er vor 2 Jahren anlässlich der Neuwahlen von den Liberalen durch Wegwahl entfernt worden war. In Greulich erhält die socialdemokratische Fraktion wie der ganze Kantonsrat wieder einmal eine Kraft ersten Rangs. Die Nachwahl in Auserfähl war veranlaßt durch den Austritt des Genossen Sutter anlässlich seines Eintritts in die kantonale Finanzdirektion als Beamter. —

England.

Differenzen im Ministerium. Die „Daily Mail“ macht folgende Mitteilungen: Vor Einbringung des Budgets war es zu ernstlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen Chamberlain und Hicks Beach gekommen. Chamberlain bestand mit solcher Hartnäckigkeit auf Einstellung bestimmter Positionen, daß Hicks Beach seine Demission anbot. Chamberlain riet, die Demission anzunehmen, aber Salisbury und Balfour waren dagegen. Die Opposition gegen den Kohlenzoll auf konservativer Seite ist so stark geworden, daß eine Niederlage der Regierung droht. Im Hinblick hierauf schlägt Chamberlain jetzt vor, das Kabinett solle demissionieren, aber das Parlament solle nicht aufgelöst werden. Die Folge hiervon würde die sein, daß die widerständigen konservativen sich wieder an der Seite der Regierung sammeln.

Die Manipulation Chamberlains erscheint angehts der verfahrenen Lage doch ein wenig gewagt. „Standard“ meldet, dem Kaiser der Schachkammer Hicks Beach sei ein Vorschlag unterbreitet worden, an Stelle des festen Kohlenzolls von einem Schilling pro Tonne Kohlen einen Ausfuhrzoll nach dem Werte auf Kohlen einzuführen. Hicks Beach habe versprochen, den Vorschlag, nach welchem der Zoll von 8—9 Pence für minderwertige Kohle bis zu 18 Pence für beste Sales-Kohle betragen würde, sorgfältig zu prüfen.

Eine fernere Meldung besagt: Eine große, aus einflussreichen Personen bestehende Abordnung der Kohlengrubenbesitzer und Arbeiter von Northumberland und Durham begab sich zum Schachkanzler und trug demselben ihre Be-

denken gegen den neuen Ausfuhrzoll vor. Der Schachkanzler erwiderte, daß die Vorstellungen der Abordnung von der Regierung sorgfältig erwogen werden sollten, die Abordnung dürfe aber nicht denken, daß er die beantragte Zollvorlage wieder zurückziehen könne. Er sei nämlich bemüht, den bestehenden Verträgen gegenüber ohne jede Voreingenommenheit zu verfahren und gebe anheim, daß die Vertreter der Kohlenwerke Nordenglands gemeinsam mit den Kohlengrubenbesitzern von Südwales und Schottland ein kleines Komitee erwählen, welches mit ihm und den Zollbehörden in Verhandlung treten möge.

Asien.

Christenmassacre in Kurdistan. In Konstantinopel ist aus Mossul die Nachricht eingelaufen, daß der Kurdenführer Reschid Bey in Diari, Bilajet Mossul, 15 Christen tötete und sich ihrer Schatzen bemächtigte. Reschid Bey habe sich mit dem Scheich Debaeddin an die Spitze einiger tausend Kurden gestellt und sich in das Gebirge von Diari zurückgezogen. Zur Verhütung von Massacres ersuchte ein Einschreiten der Behörde dringend gebeten. —

Zur Ministerkrise in Japan. Yokohama, 24. April. In der heutigen Sitzung des Ministerrats gab der Finanzminister, Viconte Batsanabe, Erklärungen ab über seine Finanzpolitik, welche günstig aufgenommen wurden. Man sieht die Ministerkrise nunmehr als beendet an. —

Eine neue Kapitulation von Philippinos. Der „Frankf. Jtg.“ wird aus New York telegraphiert: Im Norden der Philippineninsel Luzon ergaben sich 2000 Insurgenten. — Die kubanische Delegation ist in Washington, wo sie sehr zuvorkommend empfangen wurde, angekommen. Größere Festlichkeiten sind geplant. —

Der Boeren-Krieg.

Auch heute werden nur einige Blänketeien gemeldet. So hatte nach einer Meldung aus Warley-East eine englische Kolonne bei Honchloff ein Gefecht mit einem Boerenkommando. Fünf Boeren sollen verwundet, zwei gefangen genommen worden sein, während auf englischer Seite kein Verlust zu verzeichnen sein soll. Sonderbar, daß die Engländer, die die gegnerischen Verluste immer so auffallend genau anzugeben wissen, ihre eignen Verluste immer erst mehrere Tage oder selbst Wochen später gemeldet werden!

Ferner plünderten nach einer Meldung aus Kapstadt fünfzehn Boeren einen Polizeiposten in der Nähe von Dordrecht. Sie verließen den Thortort unter Mitnahme der der Polizei gehörigen Pferde. Wo sich die Polizeimannschaften während dieses Ueberfalls befanden, wird nicht verraten.

Die Pest

Ist nach den neuesten Meldungen nun auch im Oranjestaat ausgebrochen. Bei heftigerem Auftreten könnte sie den Engländern noch ein furchtbarer Feind und den Boeren ein entsetzlicher Verbündeter werden. In Kapstadt sind bis zum 25. April 480 Erkrankungs-fälle und 195 Todesfälle festgestellt worden. Wie groß wohl die Zahl der nicht offiziell gebuchten Fälle sein mag?

Zur Pest gestellt sich zum Unheil der Engländer die Pferdeseuche.

Die unter dem englischen Pferdmaterial schon seit Beginn des Kriegs so furchtbar ausgeräumt hat und die neuerdings wieder ungeheure Verluste fordert. Benignus berichtet ein englischer Offizier aus Pretoria, daß die Pferdeseuche 75 Proz. des gesamten Pferdebestands hinwegraffe, wodurch die Operationen der Engländer bedeutend beeinträchtigt würden.

Die Tagesverluste

für den 24. April: 2 Tote, 13 Verwundete, 14 an Krankheiten Ver-torbene und 2 Gefangene. 11 früher als vermisst verzeichnete Mannschaften seien wieder ins Lager zurückgeführt.

Parlamentarisches.

In der Toleranzkommission wurde Donnerstag die Beratung des § 2 fortgesetzt. Einen großen Teil der Zeit nahmen theologische Auseinandersetzungen in Anspruch, ob nach Auffassung der katholischen Kirche auch Protestanten heilig werden könnten. Es entspann sich eine Debatte, die sowohl von katholischer wie von protestantischer Seite mit Lebhaftigkeit geführt wurde.

Das Centrum hat sich in der Zwischenzeit seit der letzten Sitzung durch die Ausführungen von socialdemokratischer und freisinniger Seite dazu drängen lassen, die Anträge Bollmar und Schrader mit in einen neuen Antrag aufzunehmen, der nunmehr an Stelle des ursprünglichen Antrags Lieber treten soll. Hiernach soll künftig für die Bestimmung des Religionsbekenntnisses, in welchem ein Kind erzogen werden soll, die von den Eltern vor oder nach Eingehen der Ehe getroffene Vereinbarung maßgebend sein. In Ermangelung einer solchen Vereinbarung sollen die Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuchs über das Erziehungsbrecht der Eltern Platz greifen. Wenn das Kind neben dem Vater oder der Mutter einen Vormund hat, so soll bei einer Meinungsverschiedenheit über die Bestimmung des Religionsbekenntnisses des Kindes die Meinung des Vaters oder der Mutter vorgehen. Auch soll das Bekenntnis des Kindes vom Vormund nicht geändert werden können. Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten darf ein Kind nicht zur Teilnahme an dem Religionsunterricht oder Gottesdienst einer andern Religionsgemeinschaft angehalten werden. Die Debatte über diesen Antrag, welcher von allen Seiten mit Ausnahme der konservativen und Nationalliberalen empfohlen wurde, soll Freitag zu Ende geführt werden, worauf dann die Abstimmung stattfinden wird.

Die Schanxi-Expedition.

die den ihr allgemein gegebenen Namen hoffentlich insofern mit Unrecht trägt, als die Grenze der Provinz Schanxi nicht überschritten wird, hat die die Grenze bildende chinesische Mauer erreicht, da die Truppen Lins sich ohne den geringsten Widerstand auf das Gebiet der Provinz Schanxi zurückgezogen haben. Ueber die vorhergegangenen strategischen Manöver berichtet ein Kriegs-korrespondent aus Tschangting unterm 22. April:

Der Anmarsch der verbündeten deutsch-französischen Streitkräfte unter dem Befehl der Generale von Mettler und Vailoud richtete sich gegen die Front und gegen den linken Flügel der chinesischen Truppen, die in der Stärke von 25 000 Mann im Westen von Quold drei wohlverchanzte hintereinander liegende Bergstellungen besetzt hielten. Die deutschen Angriffskolonnen marschierten auf schwierigen Bergpfaden gegen das Thor in der großen Mauer bei Kieng-twilan und gegen drei andre etwas weiter nördlich gelegene Thore. General Lefel und die übrigen Offiziere vom Oberkommando befanden sich auf dem rechten Flügel. Der Feind scheint aber keinen Widerstand leisten zu wollen und wird sich wahrscheinlich hinter die große Mauer zurückziehen.

Ein Telegramm desselben Korrespondenten vom 24. April besagt:

Ping-tschang, 24. April. Eine Patrouille berittener Infanterie unter Führung des Lieutenant Almann lehrte spät abends zurück und berichtete, daß sie die in Tsching-ling und östlich davon gelegenen Befestigungen unbesezt fand. Nur unbewaffnete Chinesen waren da, die erzählten, die Hauptmacht General Lins habe sich zurückgezogen. Heute kamen hier die Telegraphenabteilung sowie das Feldlazarett an. Pioniere sind zur Herstellung der Pfade vorausgeschickt worden.

Diese Nachricht sieht ganz danach aus, als ob General v. Lefel nicht daran dächte, sich mit dem bisherigen Erfolge zu begnügen, sondern eine eventuelle Grenzüberbreitung plante. Wir hoffen aber, daß er sich doch noch eines Besseren besinnt oder doch die strikte Anweisung erhält, die Provinz Schanxi nicht zu verlassen. Uebrigens meldet ein Telegramm aus Peking, daß Graf Waldersee selbst auf drei Tage nach der großen Mauer abreißen und die Kaisergräber besuchen wolle. Falls die Kaisergräber westlich von Pootingfu gemeint sein sollten, begäbe sich Waldersee also in höchst geeigneter Saison nach dem fraglichen Teile des Kriegsschauplatzes, so daß er General v. Lefel direkte Instruktionen erteilen könnte.

Einen nicht so unblutigen und weniger unbestrittenen Erfolg als General v. Lefel errang die Strafexpedition, die je-

Näuberbande

vernichten sollte, die in einer angeblichen Stärke von 1000 Mann kürzlich bei Funingfu einer Compagnie des vierten Pendschab-Infanterie-Regiments eine Schlappe beigebracht hatte. Ueber diesen neuen Zusammenstoß mit der freitbaren „Näuberbande“ meldet ein Peking-Telegramm:

Eine internationale Truppe von 800 Mann unter Oberst Radford verließ Schanhaiwan, um die Näuberbande zu bestrafen, die bei Funingfu mit einer Compagnie des 4. Pendschab-Infanterie-Regiments ein Gefecht hatte, in welchem Major Browning fiel. Die Näuber leisteten der Truppe Radfords Widerstand; von der letzteren fielen sechs Engländer, zwei Japaner und ein Franzose; die Näuber hatten 50 Tode und flohen in die Berge, verfolgt von Radford. Der Leichnam Brownings wurde aufgefunden.

Beweist schon diese Meldung, daß die „Näuber“ sich viel besser schlugen als die gewöhnlichen Vogerhaufen, so ergänzt ein andres Telegramm den Gefechtsbericht dahin, daß die „Bande nicht völlig geschlagen wurde“, sich also wahrscheinlich in leidlicher Ordnung zurückgezogen hat. Aus dem ersten Telegramm, das bemerkt, daß der Leichnam Brownings (des im ersten Gefecht gefallenen Compagniechefs) gefunden worden sei, geht übrigens hervor, daß sich bei dem ersten Zusammenstoß die englische Compagnie unter Zurücklassung ihrer Toten fluchtartig zurückgezogen haben muß.

Ueber eine neue Differenz zwischen Waldersee und General Chaffee wird aus London gemeldet:

Nach in New York eingetroffenen Peking-berichten ist wiederum eine Meinungsverschiedenheit zwischen Waldersee und dem amerikanischen General Chaffee ausgebrochen. Waldersee schlug vor, an dem Thore der verbotenen Stadt eine deutsche Wache zu plazieren, nachdem die Amerikaner abgezogen waren. Chaffee erwiderte aber, die Amerikaner würden ihre Posten besetzt halten. Trotzdem ist die amerikanische Abteilung kaum stark genug, die amerikanische Gesandtschaft zu schützen. In Washington ist von der Sache offiziell nichts bekannt.

Handelt es sich hier wahrscheinlich auch nur um eine kleine Eifersüchtelei, so sind diese immer von neuem vorkommenden Reibereien doch symptomatisch für die „Einigkeit“ der Mächte. Zu weit schlimmerem Lichte erscheint diese jamose Schut- und Interessengemeinschaft aber noch in den Vermutungen des China-Korrespondenten der „Frankfurter Zeitung“ über die Ursachen der oben erwähnten Unruhen bei Schanhaiwan. Der Korrespondent ist nämlich der festen Ueberzeugung, daß die „Näuber“ von Schanhaiwan nichts andres sind als Teile der ehemaligen Garison von Schanhaiwan, die auf russische Anreizungen und Machenschaften hin ganz im Gegensatz zu ihrer früherer Friedfertigkeit hin die Fahne der Rebellion erhoben haben. Wir mocht die ganze Sache den Eindruck, wie wenn Rußland an allen Ecken und Enden Schwierigkeiten zu schaffen mit Erfolg eifrig bestrebt sei.

Partei-Nachrichten.

An die Arbeiter aller Länder!

Brüssel, 21. April 1901.

Es wäre überflüssig, die bedeutungsvollen Ereignisse, die sich zur Zeit in Rußland abspielen, hier im einzelnen wieder zu geben. Unsere Genossen kennen sie durch die Presse, vor allem durch die Kundgebungen unrer russischen Freunde in der socialistischen Presse.

Die Ereignisse der letzten Monate bezeichnen, wie es die russischen Delegierten beim internationalen Bureau ganz richtig sagen, eine neue Wendung in der Geschichte des Jarenreichs. Die Universitäts-Unruhen haben sich im Verlaufe zu tiefen und ersten sozialen Kämpfen entwickelt, die ganz Rußland ausfröhren, und die Fundamente der russischen Gesellschaft in Frage stellen; es wird ein langer und schwerer Kampf sein, den die Intellektuellen und das Industrie-proletariat gegen die brutalen Gewalten des Jarisismus führen, aus dem sie aber gestärkt hervorgehen werden.

Tausende von russischen Arbeitern, tausende von Bürgern aller Klassen haben den Mut und sind bereit, das hohe Ziel zu erreichen, wie sie auch voll des Vertrauens sind gegen ihre Brüder von Europa, Asien, Amerika und Australien, denn sie wissen, daß, indem sie gegen den Kapitalismus und den russischen Despotismus kämpfen, sie die Sache der socialistischen Arbeiterpartei aller Länder führen: Die Befreiung der Arbeiter.

In Frankreich haben bereits Versammlungen stattgefunden, um die öffentliche Meinung über die politische Situation in Rußland zum Ausdruck zu bringen, in Belgien sind solche in Vorbereitung, es ist zu hoffen, daß die socialistischen Arbeiterpartei aller Länder diesem Beispiele folgen werden, um zu zeigen, daß das internationale Proletariat einstimmig protestiert gegen die Brutalitäten des Jarisismus.

Wir fordern, daß in allen großen Städten, in allen Industrie-centren und den wichtigen Universitätsstädten Versammlungen abgehalten werden, und daß eine Protestresolution zur Abstimmung gebracht, und, wenn angebracht, Protestationslisten zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt werden. Wir schlagen Euch folgende Resolution zur Annahme in allen Versammlungen vor:

Die heute in vereinigten Genossen bezeugen dem russischen Proletariat ihre Sympathie. Sie erklären sich solidarisch mit den russischen Studenten und Arbeitern in ihrem Kampfe gegen die Koalition des Kapitalismus und des Jarisismus. Sie senden den russischen Revolutionären ihre Grüße und ermunten sie, den Kampf weiter zu führen bis zum Siege.

Wir bitten die Genossen, uns von den Schritten, die in dieser Richtung unternommen worden sind, zu unterrichten, uns die angenommenen Resolutionen und Protestlisten zu übermitteln, damit wir den Kampf gegen die gefährlichen und barbarischen Handlungen der russischen Regierung centralisieren können.

Die Mitglieder

des Internationalen Socialistischen Bureaus.
S. Hyndman, J. Keir Hardie (England); Auer, Singer (Deutschland); W. Adler, J. Starek (Oesterreich); E. Anseele, E. Vandervelde (Belgien); P. Knudsen, J. Jensen (Dänemark); P. Iglesias A. G. Ovejido (Spanien); J. Zaurès, E. Vaillant (Frankreich); Troelstra, S. Vankol (Holland); E. Ferri, J. Turati (Italien); O. Krings, A. Hageland (Norwegen); W. Jędrzejowski, E. Doinarowski (Polen); Plechanoff, W. Krißjewski (Rußland); A. Jaquoz, F. Holz (Schweiz); A. W. Jiesny, C. R. Carlsson (Schweden); E. Dieckmann (Vereinigtes Staaten).
Victor Serwy, Sekretär

Maison du Peuple, Rue Joseph Stevens.

Wir erhalten folgende Zuschrift:

Zur Erwiderung.

In Nr. 93 des „Vorwärts“ wendet sich Genosse Göhre nochmals gegen mich und bemerkt am Schlusse seiner Ausführungen: „Ich war nach alledem wohl besorgt, die Behauptungen Kadens als unwahr zurückzuweisen.“

Wie aber weist nun Genosse Göhre meine angebliche Unwahrheit nach. Zu dem betreffenden Genossen habe er gedehret, — er sei zur Zeit noch nicht in der Lage der Partei beizutreten; wenn es aber geschehe, würde er sich auch ganz der parteipolitischen Arbeit widmen und rechne deshalb allerdings auch damit, sich einmal an der parlamentarischen Arbeit beteiligen zu können.

Dazu schreibt Genosse Göhre noch:

„Ein solches Ziel ist aber für einen Mann, der seinen eigentlichen Beruf ausübt, um politische Arbeit als Nebenbeschäftigung zu treiben, nichts wie eine Selbstverständlichkeit, es zu verbergen aber ebenso lächerlich, wie unwahr.“

Genosse Göhre giebt in diesen Sätzen zu, daß er im Falle seines Beitritts zur Partei damit rechne, sich an der parlamentarischen Arbeit zu beteiligen, er rechne also auf ein Mandat.

Worin liegt nun meine „unwahre“ Behauptung? Darin, daß ich gesagt habe, Göhre habe nach seinem Beitritt zur Partei einem hervorragenden Parteigenossen brieflich mitgeteilt, daß er zur Annahme einer Reichstags-Kandidatur bereit sei?

In Bezug auf die Form seiner Äußerungen ist mir allerdings ein Irrtum unterlaufen, der aber an der Sache gar nichts ändert. Dagegen steht fest, daß Genosse Göhre schon auf ein Mandat rechnete, als er der Partei noch nicht angehört. Daß er seinen Uebertritt von der Uebertragung einer Kandidatur abhängig gemacht habe, hat kein Mensch gesagt. Er hielt aber den Wunsch nach einer Uebertragung für selbstverständlich und es zu verbergen für lächerlich.

Wenn der Genosse, mit dem Göhre jenes Gespräch führte, ihm mitgeteilt hat, daß ich kein Recht gehabt hätte, dieses gegen Göhre auszuspielen, so erwidere ich darauf, daß, nachdem die Angelegenheit einer Anzahl von Genossen zu einer Aussprache gedient hatte, daraus kein Geheimnis zu machen sei.

Ich hatte eher vermutet, Genosse Göhre würde es mir dank wissen, daß ich das zur Sprache brachte, was die Genossen über die Angelegenheit dachten. Ich benötige gern die Sprache, um meine Gedanken zu offenbaren, nicht um sie zu verbergen.

Gohlis-Dresden, 24. April 1901.

August Kadens.

Ein recht schönen Erfolg haben unsere Genossen in dem bekannten Nordseebad Rorderney bei der letzten Gemeinderatswahl errungen. Der sozialdemokratische Kandidat für die III. Klasse, Genosse Schoorman, siegte mit 231 von 315 Stimmen über seinen Gegenkandidat. Zu bemerken ist noch, daß in Rorderney auch die Frauen, welche einen selbständigen Haushalt führen (z. B. Witwen), wahlberechtigt sind. Die Frauen wählen, wie uns geschrieben wird, meistens sehr gut für die Sozialdemokratie. — Unser Gewächsmann sagt noch hinzu: „Bei der letzten Reichstagswahl hatten wir 111 Stimmen, und glauben wir, daß der Untergang der hiesigen Fischerei (früher, noch vor ein paar Jahren, ein blühender Erwerbszweig) durch das Großkapital (Fischdampfer-Gesellschaften) mit die Ursache ist und die See- und Fischerleute immer mehr zu der Erkenntnis kommen, daß nur der Anschluß an die Sozialdemokratie und die allgemeine Arbeiterbewegung ihre sehr notdürftige Lage verbessern kann.“

Politikalisches, Gerichtliches u. s. w.

Ein neues befremdliches Urteil hat wiederum die Erfurter Strafkammer gefällt und zwar gegen den schon so hart getroffenen Genossen Leby. Leby's Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis wegen Majestätsbeleidigung dürfte noch in frischer Erinnerung sein; dieselbe Strafkammer hat ihn am 24. d. M. abermals zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Ein Pfarrer Eichhorn aus Martinroda fühlte sich durch einen Artikel der „Erbilne“ vom 23. August 1900 beleidigt, in welchem ein Unglücksfall, der sein 16jähriges Dienstmädchen beim Holzspalten betroffen hatte, mitgeteilt und glossiert wurde. Der Gewächsmann der „Erbilne“ hatte bei Abfassung des Artikels den Text bezogen, den Pfarrer für den Unfall des Dienstmädchens verantwortlich zu machen, während ersterer sich zu der Zeit auf Reisen befand und seine Frau die in dem Artikel mitgeteilten Anordnungen getroffen hatte. Genossen Leby trifft nun das traurige Los, nach gänzlicher Wiederherstellung von seiner schweren Krankheit 1 1/2 Jahre hinter Gefängnismauern zuzubringen und das wegen Handlungen, die ihm sicher von der Volksmeinung nicht als Vergehen angerechnet werden.

Der **Militärboykott** ist mit militärischer Promptheit über das Breslauer Gewerkschaftshaus verhängt worden. Die Garnisonverwaltung hat am 22. d. Mts. durch den üblichen Anschlag den Soldaten aller Breslauer Regimenter den Besuch des Establishments „Concordia“ (Gewerkschaftshaus) verboten. Um so mehr wird es hoffentlich von den Arbeitern besucht werden.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ueber das Arbeitsverhältnis der Puzer

verhandelte am Donnerstag wiederum das Einigungsamt unter dem Vorsitz des Gewerbegerichts-Direktors v. Schulz.

Nach Eröffnung der Sitzung bemerkte Vorsitzender v. Schulz: Am Mittwoch hätten ihm die Arbeitnehmer mitgeteilt, daß sie nicht in der Lage seien, für diese Sitzung einen Vertrauensmann zu beschaffen. Er habe diese Mitteilung den Arbeitgebern zugehen lassen und ihnen anheimgegeben, nun auch ihren Vertrauensmann dem Einigungsamt zuzuziehen. Wie ihm mitgeteilt, sei darauf von den Arbeitgebern gesagt worden, das Gewerbegericht scheine jedem Wink der Arbeitnehmer zu folgen und nach deren Pfeife zu tanzen. Er (der Vorsitzende) weise diesen Vorwurf zurück, er tanze weder nach der Pfeife der Arbeitnehmer noch nach der Pfeife der Arbeitgeber. — Baumunternehmer Waal erwiderte darauf: So wie der Herr Vorsitzende die betreffende Äußerung aufgefaßt habe, sei sie nicht gemeint gewesen, sie habe gelautet: Wir (die Arbeitgeber) wollen nicht nach der Pfeife der Arbeiter tanzen. — Vorsitzender v. Schulz erklärte sich durch diese Darlegung befriedigt und meinte, man werde begreifen, daß er über den Vorwurf mit Recht ungehalten sein müßte. Wenn die Äußerung so gefaßt wäre, so würde das ein Mißtrauen in seine Unparteilichkeit sein und er hätte dann darum ersuchen müssen, ihn von dem Amte eines Vorsitzenden des Einigungsamts zu entbinden. Schon in der vorigen Sitzung seien gegen ihn Bemerkungen gemacht worden, die er sich als Prozedur nicht gefallen lassen wollte, er sei daher empört gewesen, als er gehört habe, man werfe ihm vor, daß er nach der Pfeife einer Partei tanze. — Nachdem Baumunternehmer Waal sein Bedauern über das Mißverständnis ausgedrückt und nochmals erklärt hatte, daß Herr v. Schulz durch die Äußerung nicht getroffen werden sollte, bezeichnete dieser die Angelegenheit als erledigt.

Die Verhandlungen begannen mit der Erörterung der Frage, ob die Träger (Hilfsarbeiter) von den Puzern oder von den Baumunternehmern zu bezahlen sind. Die Arbeitnehmer verlangen das letztere. Die Arbeitgeber machen den Vorschlag, sie wollen die Träger entlohnen, damit sie (die Unternehmer) und nicht die Puzer rechtlich als Arbeitgeber der Träger gelten. Der Lohn der Träger solle aber vom Accordlohn der Puzer abgezogen werden. Die Arbeitnehmer wolle sich mit diesem Vorschlage einverstanden erklären unter der Voraussetzung, daß auch über die übrigen Streitpunkte eine Einigung erzielt wird. Nachdem die Parteien noch längere Zeit über die Trägerfrage debattiert hatten, zog sich das Einigungsamt zurück, um über die streitigen Punkte einen Schiedspruch zu formulieren. Nach längerer Beratung ver-

Länders der Vorsitzende v. Schulz: Ein Schiedspruch sei nicht zu Stande gekommen. Es sei der Fall eingetreten, der in § 67 Absatz 2 des Gewerbegerichts-Gesetzes vorgesehen sei: die Vertreter der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer haben sich bei der Abstimmung geschlossen gegenüber gestanden und der Vorsitzende hat sich der Stimme enthalten. Weiter bemerkte der Vorsitzende: Es sei nahe an einer Einigung gewesen, nur ganz minimale Differenzen schweben noch zwischen den Parteien, er ersuche deshalb die Parteien, wenn irgend möglich, diese Differenzen durch weitere Verhandlungen untereinander zu beseitigen und erforderlichenfalls die Mitwirkung des Einigungsamts aufs neue in Anspruch zu nehmen.

Deutsches Reich.

Zur Matfeler! Dem Vertrauensmann des Centralverbandes der Brauer und Vergessenen in Leipzig wurde auf sein an den Verband der Brauereien Leipzigs und Umgegend gerichtetes Ersuchen um Freigabe des 1. Mai mitgeteilt, daß die Mitglieder der Organisation der Unternehmer, der familiäre Brauereien Leipzigs und Umgegend, mit Ausnahme der Genossenschaftsbrauerei Burghausen, angehörend, gegen einseitigen ihrer Angestellten angestrebten Urlaub für den 1. Mai nichts einzuwenden haben. Sie betrachten dabei als selbstverständliche Bedingung, daß

1. der gewünschte Urlaub rechtzeitig bis Montag, den 29. April, abends 6 Uhr bei den Betriebsleitern angemeldet wird,
2. der 1. Mai d. J. als Urlaubstag gänzlich, resp. nicht nur auf Stunden, frei genommen und daß dafür eine Lohnzahlung wieder beantragt noch bemilligt wird.

Die Barbier- und Friseurgehilfen zur Matfeler! Der Centralvorstand der organisierten Gehilfen bittet uns, die Arbeiter darauf hinzuweisen, wenn irgend möglich, am 1. Mai keine Barbierstube aufzusuchen.

Dem Verlangen der Gehilfen um Freigabe des ersten Montags begegnen die Inhaber von Barbiergeschäften mit vorwiegender Arbeiterkundschaft meist mit dem Einwand, daß die besonders starke Frequenz durch Matfeler sie hindere, diesem Verlangen stattzugeben. Um auch nur den Schein zu vermeiden, als seien die Arbeiter der Matfeler der Barbiergehilfen, wenn auch unbewußt, im Wege, wöge der Wunsch der organisierten Gehilfen Billigung finden.

Die Leber in Cuncwalde sind gewonnen, eher auszuwandern, als zu den reduzierten Löhnen in die Fabriken zurückzukehren. Von 880, die in den Streik traten, waren beim letzten Streikappell noch 375 weibliche und 60 männliche Auszubildende vorhanden. Die Gesamtzahl hat sich zu Anfang dieser Woche mindestens wiederum um sechzig Personen verringert. Die Streikenden wandern nach anderen Fabriken, in die umliegenden Städte und Industriebezirke oder geben in Dienst und als landwirtschaftliche Arbeiter auf die großen Rittergüter. Für die Fabrikanten wird dadurch die Situation nicht besser. Man ist im Streikgebiet allgemein der Ueberzeugung, daß der Kampf längst beendet wäre, wenn nicht Herr J. G. Grobe, der größte Fabrikant, die drei kleineren zum Ausschalten veranlaßt. Die Bewohner des Dorfs, besonders aber die Geschäftsleute und alle, denen das Wohl der Gemeinde am Herzen liegt, sind über das Verhalten der Fabrikanten sehr erbittert. Die kleinen Fabrikanten werden dem Ruin entgegengeführt. Wenn die Arbeiterkraft weiterhin den Streikenden die Solidarität bewahrt, wird dieser Kampf, der von den das Hungern gewöhnten Arbeitern so tapfer geführt wird, siegreich beendet werden.

Sociales.

Die gemeinsame Orts-Krankenkasse für Schöneberg und Friedenau hatte im Jahre 1900 bei einem durchschnittlichen Mitgliederstande von 9226 eine Gesamteinnahme von 235 216,90 M., davon an Beiträgen 201 811,01 M. (pro Kopf des Mitglieds 21,87 M.), an Eintrittsgeld 7508,97 M. (pro Kopf 0,81 M.). Die Ausgaben betragen 234 549,78 M. (pro Kopf 25,12 M.). Die Kasse hatte am Jahresschluß einen Kassenbestand von 666,57 M. und einen Reservefonds von 111 198,61 M. im Kurswerte. Von den Ausgaben entfallen auf: Arztliche Behandlung 16 887,86 (pro Kopf 1,78 M.), Arznei und sonstige Heilmittel 22 962,23 M. (pro Kopf 2,49 M.), Krankengeld 74 746,09 M. (pro Kopf 8,10 M.), Sterbegeld 6611,76 M. (pro Kopf 0,72 M.), Krankenhaus-Verpflegung 47 229,90 M. (pro Kopf 5,12 M.), Verwaltungskosten, persönliche 20 108,93 M. (pro Kopf 2,17 M.), sächliche 9898,48 M. (pro Kopf 1,05 M.). — Erkrankungsfälle, die mit Erwerbsunfähigkeit verbunden waren, machten im Berichtsjahre 3914 mit einer Gesamtdauer von 77 263 Tagen verzeichnet werden (pro Erkrankungsfall 19,74 Tage). Die Krankheitsfälle entfallen auf: Unfall resp. Verletzungen 882 Fälle, Influenza 435 Fälle, Rheumatismus 248 Fälle, Schwindel und sonstige Lungenkrankheiten 308 Fälle u. s. w. Von den Mitgliedern starben im Laufe des Berichtsjahres 67 und zwar an: Schwindel 15, Magenleiden 6, Unterleibsleiden 5, Herzleiden 4, Rippen- und Bauchfellentzündung 4, Keuchhusten 3, Nierenentzündung 3, Selbstmord 3, sonstigen Ursachen 24. — Die Fluktuation war eine äußerst starke. Bei einem durchschnittlichen Bestande von 9226 Mitgliedern waren 47 834 An- bezw. Abmeldungen zu verzeichnen. Durch die Beschaffung eines neuen Kassenlokal, einer Reueinrichtung der Bureaus und dem kolossalen Wechsel in der Mitgliedschaft im Berichtsjahre sind die Verwaltungskosten um 0,54 M. pro Kopf höher als im Vorjahre.

Die „**Internationale Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz**“ hält ihre konstituierende Versammlung am 27. und 28. September in Basel ab. Auf der Tagesordnung werden Berichte des Präsidenten des provisorischen Komitees, Adolfs Scheerer-St. Gallen, über die Entwicklung und die Aufgaben der Internationalen Vereinigung, des Sekretärs über die Aufgaben des Internationalen Arbeitsamts und des Kassierers über die finanzielle Lage stehen. Die Sitzungen der Internationalen Vereinigung und der Landessektionen werden einer Prüfung unterzogen. Schließlich wird die endgültige Konstituierung des Verbands und seiner Leitung vorgenommen. — Das Internationale Arbeitsamt in Basel (Rebasse 1, Alarakhof) beginnt seine Tätigkeit am 1. Mai zunächst auf dem Gebiete der Auskunfts-erteilung in Fragen des Arbeiterschutzes. Die weiteren Obliegenheiten (Veranstaltung von Publikationen u. s. w.) wird das Amt nach Maßgabe der Beschlüsse der konstituierenden Versammlung der Internationalen Vereinigung vom 1. Oktober d. J. ab erfüllen.

Pollussen. Man schreibt uns: Wenn der Frühling beginnt oder — wie es bei den diesjährigen Witterungsverhältnissen korrekter heißen müßte — beginnen sollte, dann wandert der russisch-polnische Landarbeiter mit Weib und Kind nach Preußen, um dort unter günstigeren Verhältnissen zu arbeiten. Solch ein Arbeiter wird an der deutsch-russischen Grenze „Polluss“ genannt.

Kaum hat derselbe preussisches Gebiet betreten, als sich ihm auch schon einige Duzend Agenten nähern, um ihn für ihre Auftragsgeber anzuwerben. Eine solche Scene erinnert lebhaft an das Treiben in einem Berliner Rietsbureau, nur daß sich hier in geschlossenen Räumen abspielt, was dort auf offener Chaussee geschieht. Bevor die Anwerbung per se wird, vergehen einige Tage. Durch diesen Umstand als auch dadurch, daß die russische Regierung diesen Arbeitern nur einige bestimmte Grenzorte zu passieren erlaubt, sind diese privilegierten Orte gezwungen, in dieser Zeit 3—4 mal so viel Fremde zu beherbergen, als sie in gewöhnlichen Zeiten Einwohner zählen. Um all' den Leuten ein Unterkommen während der Nacht zu verschaffen, werden Scheunen sowie andre große Räumlichkeiten in Schlafsäle verwandelt, wo zu Hunderten „ländlich-sittlich“ Männlein und Weiblein zusammen den Schlaf des Gerechten genießen, oder... Welch malerisches Bild würde sich jemand bieten, der mit einer Blendlaterne angestrichelt mitten in der Nacht plötzlich in einen solchen Raum treten würde!

Nachdem nun der Agent die von ihm benötigten Arbeiter angeworben, werden dieselben auf der Eisenbahn nach ihrem Be-

stimmungsort befördert, sehr häufig in Viehwaggons, wahrscheinlich in Ermangelung einer fünften Wagenklasse. — Im Herbst kehren diese Pollussen nach ihrer Heimat zurück, wo einige von ihnen für ihre in Preußen gemachten Erparnisse ein kleines Stück Land pachten, während der weitaus größte Teil das nächste Frühjahr in der Heimat nur abwartet, um dann seine Karriere vom vorigen Jahre wieder zu beginnen.

Die Katastrophe in Griesheim.

Eine Explosion mit furchtbarer Wirkung hat sich, wie uns aus Höchst a. M. in einem Privat-Telegramm mitgeteilt wird, am Donnerstagnachmittag in der chemischen Fabrik zu Griesheim ereignet. Nachmittags 4 Uhr erfolgte dort aus unauferklärter Ursache eine Explosion von Säureballons. Die Katastrophe hatte eine grauenhafte Wirkung. Auf eine Stunde im Umkreis waren Schädigungen zu verspüren, drei Fabriken gerieten in wenigen Augenblicken in Brand und Hunderte von Arbeitern wurden vernichtet. Viele Tote und Verwundete sind aus den brennenden Gebäuden und den Trümmern hervorgezogen worden; die entsetzlichen Vorgänge spotten jeder Beschreibung. Das Feuer, gegen das alle Maßnahmen wirkungslos scheinen, dehnt sich von Minute zu Minute weiter im Ort aus.

So das Privattelegramm, das durch folgende 7 Uhr aus Frankfurt a. M. abgegangene Nachricht ergänzt wird:

Das Feuer in Griesheim nimmt gewaltige Dimensionen an. Jeden Augenblick steht die Explosion weiterer großer Kessel zu erwarten, die Bewohner Griesheims müssen daher den Ort verlassen. Wöher sind drei Kessel in die Luft gesprungen. Auch auf das jenseit des Rhins gelegene Dorf Schwanheim ist das Feuer übergesprungen, hier brennen drei Häuser. Man spricht von 50 Toten und 140 Verwundeten. Die Direktion des „Elektron“ hat eine große Anzahl von Verletzten nach Griesheim beordert. Die Unglücksstelle wird von Mannschaften des 81. Infanterie-Regiments abgesperrt. Man nimmt an, daß die Explosion ihren Ausgangspunkt in dem Raum genommen hat, in dem das rauchlose Pulver hergestellt wird.

Weiter wird dazu gemeldet:

Der Bahnverkehr auf der Strecke Frankfurt—Limburg mußte wegen Feuergefahr eingestellt werden. Nach den bisherigen Feststellungen beträgt die Anzahl der Toten 51, die der Verwundeten mehrere Hundert. Die Ortschaften Griesheim und Schwanheim wurden von den Bewohnern geräumt, da der Aufenthalt daselbst wegen der durch die Explosion sich entwickelnden Gase unmöglich ist. Die Bewohner dieser beiden Ortschaften kampieren auf dem Griesheimer Gergierplatz. Die öffentlichen Gebäude in Höchst sind in Hospitäler umgewandelt. In Schwanheim fielen verschiedene Personen tot in den Straßen um.

Das Unglück entstand in derjenigen Abteilung, in der Nitrogllycerin hergestellt wird.

Frankfurt a. M., 25. April. (W. T. B.) Das Feuer in der Griesheimer chemischen Fabrik Elektron brach um 3 Uhr in der Abteilung aus, in welcher mit Sprengstoffen gearbeitet wird. Die Griesheimer Feuerwehren waren noch mit der Löscharbeit beschäftigt, als eine gewaltige Explosion erfolgte und die hellen Flammen auf allen Seiten herausschlügen. Das Feuer verbreitete sich mit rasender Schnelligkeit und entzündete die angrenzenden Gebäude. Auch in dem jenseits Rhins gelegenen Dorfe Schwanheim standen bald mehrere Häuser in Flammen. Gegen 1/2 Uhr erfolgte eine zweite, nicht minder starke Explosion. Die Unglücksstelle wurde alsbald abgesperrt und die Einwohner von Griesheim wurden aufgefordert, den Ort zu räumen, um weiteres Unglück durch eventuelle neue Explosionen zu verhüten. Der Einwohner von Griesheim hatte sich ein panischer Schrecken bemächtigt. Diejenigen, welche Angehörige in der Fabrik hatten, eilten wehklagend zur Unglücksstätte. In dem Orte selbst wurde ein nicht geringer Schaden angerichtet; fast alle Fenster-scheiben gingen in Trümmer; die meisten Einwohner flüchteten ins Freie und flüchteten in der Richtung nach Frankfurt. Hier wurden alsbald umfassende Rettungsarbeiten ins Werk gesetzt. Feuerwehr, Rettungswagen und Sanitätspersonal jeder Art wurde mittels Sonderzugs nach Griesheim befördert, wo die Feuerwehr von Höchst a. M. bereits in Thätigkeit war. Auch eine Abteilung Militär ging ab, um die Absperrung durchzuführen. Der durchgehende Juvoverkehr in Griesheim wurde gesperrt, da noch Explosionen im Benzolager befürchtet wurden. In Griesheim wurden alle verfügbaren Räume zu Lazaretten eingerichtet. Ueber die Verlosung an Menschenleben lauten die Angaben vielfach widersprechend, eine genaue Feststellung ist noch nicht erfolgt und wird erst nach der Verlesung der Arbeiterlisten möglich sein. Man schätzt die Zahl der Toten und Verwundeten bisher auf etwa hundert. Nach den letzten Verichten ist das Unglück der Explosion von Pikrinsäure zuzuschreiben. Um 9 Uhr abends war das Feuer noch nicht gelöscht. Zwischen den Orten Griesheim und Höchst ist der Bahnverkehr vorläufig eingestellt.

Lezte Nachrichten und Depeschen.

Bonn, 25. April. (W. T. B.) Seine Majestät der Kaiser erwiderte bei dem Kommerz des Kommerz S. C. auf eine Ansprache des Generalobersten Fehrn. v. Los unter anderem folgendes: „Ich hoffe und erwarte von der jungen Generation, daß sie mich in den Stand setzen wird, unser deutsches Vaterland in dem Sinne, wie ich es gestern vorgezeichnete und ansprach, in seiner engen festen Begrenzung, im Gefolge der germanischen Rasse zu erhalten, — niemandem zu Liebe, — niemandem zu Leide. — Wenn aber je und jemand zu nahe treten sollte, dann werde ich an Sie appellieren und ich erwarte, daß Sie mich nicht sitzen lassen. (Bravo!) Es bedarf aber natürlich der Vorbilder und so will ich uns allen nur das Eine wünschen und Ihnen vor allem, die heut abend hier versammelt sind, — daß Sie am Abend Ihres Lebens auf ein so schönes Leben zurückblicken, wie Se. Excellenz es that als braver ergebener Diener meines Herrn Großvaters, auf daß, — wenn Sie einst Ihr Haupt zur Ruhe legen, es auch von Ihnen heißen kann: Ein frommer und getreuer Knecht. — Auf diese Bestimmung hier, die ich bei Ihnen allen voraussetze, reibe ich einen kräftigen Salamanter auf Se. Excellenz und den S. C.“

Köln, 25. April. (W. T. B.) Ueber den Besuch des Kaisers und seiner Kaiserlichen Hoheit des Kronprinzen in Maria Laach berichtet die „Kölnische Zeitung“: Mit Venzler, den alle Paters und die abkömmlichen Präbiter umgaben, entbot dem Kaiser herzlichen Willkommen, auf den Se. Majestät erwiderte, der Benediktinerorden dürfe seines Schutzes und seiner Huld stets verichert sein. Ueberhaupt dürften alle die Bestrebungen auf seine Unterstützung rechnen, die darauf gerichtet seien, dem Volke die Religion zu erhalten, wie er, der Kaiser, das auch gestern auf dem Studentenkommerz zum Ausdruck gebracht habe.

Wien, 25. April. (W. T. B.) In der Ortschaft Profesch brannten 46 Wohnhäuser mit den Nebengebäuden nieder. 6 Personen, darunter drei Kinder, welche sich in den Keller geflüchtet hatten, erstickten. Viele Personen erlitten Brandwunden, der Schaden ist sehr bedeutend.

London, 25. April. (W. T. B.) Nach einer Meldung der Abendblätter aus Pectoria ist Major Dwyford mit keiner Eskorte auf dem Wege von Nachabodory nach Udenburg in der Nähe von Wobfontein in einen Hinterhalt geraten. Dwyford wurde getötet und seine Leute nach tapferem Widerstand überwältigt.

Reichstag.

82. Sitzung vom Donnerstag, den 25. April 1901, nachmittags 1 Uhr.

Vom Bundesratspräsidenten: Graf Posadowsky. Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die privaten Versicherungsunternehmungen.

Der Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt die Nr. 2 und den letzten Abzug zu streichen.

Die Erlaubnis zum Geschäftsbetriebe darf nur versagt werden, wenn 1. Der Geschäftsplan gesetzlichen Vorschriften zuwiderläuft.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Der Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt die Nr. 2 und den letzten Abzug zu streichen.

Die Kautionsstellung ist in Preußen meines Wissens längst aufgehoben, eine solche Kautionsstellung widerspricht der Natur des Versicherungsbetriebs.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Der Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt die Nr. 2 und den letzten Abzug zu streichen.

Die Kautionsforderung soll durchaus nicht die Regel bilden, in einzelnen Fällen ist sie aber unentbehrlich und ich bitte Sie daher, die Anträge Richter abzulehnen.

Die bisherige Geschäftsabwicklung wird sich schwer ändern, ehe nicht die Abgeordneten dafür sorgen, daß das Haus bei den zweiten Lesungen besser besucht ist.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Abg. Dietrich (L.):

Ich habe im Auftrage meiner Freunde unserem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck zu geben, daß es gestattet sein soll, einen Teil der Prämienreserven in Pfandbriefen deutscher Hypotheken-Aktienbanken anzulegen.

Der § 59 wird in der Fassung der Kommission angenommen, ebenso debattelos die §§ 60-62.

Im § 81 wird bestimmt, daß die Kosten des Aufsichtsamts für Privatversicherung und des Verfahrens vor dem Amt das Reich trägt.

Als Gebühren für die Aufsichtstätigkeit des Amtes werden von den seiner Aufsicht unterstellten Versicherungsunternehmungen Jahresbeiträge erhoben, welche nach den einer jeden Unternehmung im letzten Geschäftsjahr aus den im Inland abgeschlossenen Versicherungen erwachsenen Bruttoprämien, jedoch abzüglich der Prämien für Rückversicherungen sowie der zurückgewährten Leberüberschüsse oder Gewinnanteile, mit der Maßgabe bemessen werden, daß Eins vom Tausend nicht überschritten werden darf.

Die Abg. Dietrich (L.) und Genossen beantragen die Worte „der Prämien für Rückversicherungen sowie“ zu streichen.

Abg. Richter (fr. Sp.) beantragt den Paragraphen mit Ausnahme des ersten Satzes zu streichen.

Es genügt vollkommen, wenn der Grundsatz aufgestellt wird, daß das Reich die Kosten trägt. Den Schaden einer Form, wie sie hier aufgestellt wird, hat nur der Versicherte; auf ihn werden die Gesellschaften die ihnen hier auferlegte Steuer abwälzen.

Geheimrat Gruner: Die Anstalten sind im hohen Maße an der Aufsicht interessiert, dabei ist es durchaus billig, daß ihnen die Hälfte der Kosten auferlegt werden.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Wülfing (natl.): Auch uns ist die Bestimmung der Vorlage, wonach ein Teil der Kosten für das Aufsichtsamts auf die privaten Versicherungsgesellschaften abgewälzt wird, nicht allzu sympathisch.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

Abg. Richter (fr. Sp.): Diese Steuer ist bergekommen von der Kleinstaaterei, man hat sie übernommen, trotzdem nun die Aufsicht auf das Reich übergegangen ist.

für den Syndikus der Ältesten der Kaufmannschaft Dove 59 Stimmen. Kaufmann ist somit auf 12 Jahre zum zweiten Bürgermeister gewählt.

Am 25. Januar 1900 beschloß die Versammlung, den Magistrat zu ersuchen, mit der Gemeinde Tempelhof und mit allen übrigen Beteiligten darüber in Verhandlung zu treten, unter welchen Bedingungen die

Wir erlauben uns nun heute die Anfrage an den Magistrat zu richten: 1. Ist die Zeitungsnotiz wahr, nach welcher die Vertreter Berlins in der stattgefundenen Konferenz erklärt hätten, Berlin habe kein Interesse an der Eingemeindung, wenn Tempelhof keinen Zuschuß leiste?

Die Anfrage soll in der heutigen Sitzung beantwortet werden. Nachdem Stadtv. Wallach namens der Interpellanten den Sachverhalt vorgetragen, fährt

Stadtrat Bohm aus, daß der Magistrat mit dem Tempelhofer Gemeindevorstand kommissarisch verhandelt habe, ohne indessen über die einschlägigen Vorfragen insbesondere die des allgemeinen Interesses der Eingemeindung nach Berlin zu einem Abschluß zu gelangen.

Im März habe sich der Oberpräsident mit der Frage befaßt und die Konferenz berufen. Die bezügliche Zeitungsnotiz sei unrichtig, es bestehe insofern ein Mißverständnis, als die Stadt Berlin zu der Zuschußfrage noch keine Stellung genommen habe.

Der Interpellant erklärt sich mit dieser Auskunft einverstanden. Damit ist die Sache für jetzt erledigt.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Die Erlaubnis kann von der Stellung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden, wobei deren Zweck und die Bedingungen für die Rückgabe festzustellen sind.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 25. April, nachmittags 5 Uhr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht als wichtigster Gegenstand die Wahl des zweiten Bürgermeisters, die auf 6 Uhr angesetzt ist.

Es sind gemeldet für die Wahl je eines Mitglieds: 1. in das Kuratorium der Handwerker-Schulen und der Bau-Gewerkschule die Stadtv. Flohr, Glöck und Herbig;

2. in die Direktion des Rätischen Provinzialmuseums die Stadtv. Flohr, Reimann und Stapp;

3. in die Kommission zur Verteilung des Stipendienfonds Stadtv. Liebermann und Warm;

4. in die Verkehrsdeputation die Stadtv. Borgmann, Flohr, Herbig, Raß und Wallach.

Das Ergebnis der Wahlen ist bei Schluß der öffentlichen Sitzung noch nicht bekannt.

Der Ausschuss für die Vorberatung der Neuwahl eines Stadtsyndikus hat sich unter dem Vorsitz des Vorsitzenden konstituiert. Mitglieder sind u. a. Stadtv. Singer und Pfannkuch.

Die Vorlage wegen Herstellung eines Ueberführungsbauwerks über den Bahnhof Gesundbrunnen im Zuge der Schweinmünder- und Bessermannstraße ist von dem niedergelassenen Ausschusse einstimmig mit der Maßgabe genehmigt worden, daß die Breite der Brücke von 9,50 auf 10,40 Meter erhöht werden soll.

Aus der Frauenbewegung.

Der Arbeitsnachweis für Plätterinnen.

der längst im Hafen schien, erfährt fortwährend Anfechtungen durch den Verein der Wäsch- und Plättanstalts-Inhaber Berlins und Umgegend — nicht zu verwechseln mit dem Verband der Wäsch- und Plättanstalts-Besitzer Berlins und Umgegend, welcher sich an dem Nachweis beteiligt.

Zu der Plätterinnenversammlung tags darauf bei Stedert, Andreasplatz, sprach der Referent, Herr Köhler, über die Entwicklung des Arbeitsnachweises und seine verschiedenen Formen.

Die gewünschte Klärung wurde jedoch am Dienstag durch den wüsten Vorn, das rüde Toben und Schimpfen einer Anzahl der Erschienenen unmöglich gemacht; den Referenten ließen sie gar nicht zu Worte kommen.

In der Plätterinnenversammlung tags darauf bei Stedert, Andreasplatz, sprach der Referent, Herr Köhler, über die Entwicklung des Arbeitsnachweises und seine verschiedenen Formen.

Die gewünschte Klärung wurde jedoch am Dienstag durch den wüsten Vorn, das rüde Toben und Schimpfen einer Anzahl der Erschienenen unmöglich gemacht; den Referenten ließen sie gar nicht zu Worte kommen.

In der Plätterinnenversammlung tags darauf bei Stedert, Andreasplatz, sprach der Referent, Herr Köhler, über die Entwicklung des Arbeitsnachweises und seine verschiedenen Formen.

Die gewünschte Klärung wurde jedoch am Dienstag durch den wüsten Vorn, das rüde Toben und Schimpfen einer Anzahl der Erschienenen unmöglich gemacht; den Referenten ließen sie gar nicht zu Worte kommen.

In der Plätterinnenversammlung tags darauf bei Stedert, Andreasplatz, sprach der Referent, Herr Köhler, über die Entwicklung des Arbeitsnachweises und seine verschiedenen Formen.

Die gewünschte Klärung wurde jedoch am Dienstag durch den wüsten Vorn, das rüde Toben und Schimpfen einer Anzahl der Erschienenen unmöglich gemacht; den Referenten ließen sie gar nicht zu Worte kommen.

In der Plätterinnenversammlung tags darauf bei Stedert, Andreasplatz, sprach der Referent, Herr Köhler, über die Entwicklung des Arbeitsnachweises und seine verschiedenen Formen.

Die gewünschte Klärung wurde jedoch am Dienstag durch den wüsten Vorn, das rüde Toben und Schimpfen einer Anzahl der Erschienenen unmöglich gemacht; den Referenten ließen sie gar nicht zu Worte kommen.

In der Plätterinnenversammlung tags darauf bei Stedert, Andreasplatz, sprach der Referent, Herr Köhler, über die Entwicklung des Arbeitsnachweises und seine verschiedenen Formen.

Die gewünschte Klärung wurde jedoch am Dienstag durch den wüsten Vorn, das rüde Toben und Schimpfen einer Anzahl der Erschienenen unmöglich gemacht; den Referenten ließen sie gar nicht zu Worte kommen.

Opposition, der freilich die hässlichen Scenen vom Dienstag erklärt — persönliche Gefährdung tobt sich aus.

Herr Krüger, Herr Köpfer und Herr Cour legten die Verhältnisse dar, auf welchen jene Feindseligkeit sich entwickelt hat. Die beteiligten Vereine — neben den drei genannten noch der Verband der Dampf-Wäschereibesitzer, erhielten das Recht, je zwei Mitglieder in das Kuratorium zu senden, dessen Vorsitz von einem Unparteiischen, hier Gewerbesichter Schallhorn, geführt wird. Man hat dem Verein der J u h a b e r, seiner großen Mitgliederzahl wegen, noch 2 Sitze mehr zugewilligt. Aber der persönliche Haß überwiegt. Die Vertreter verlassen das Kuratorium und die Angriffe mehren sich, ohne daß auch nur der geringste sachliche Grund angeführt worden wäre. Sind aber die Plätterinnen einig, den neuen Nachweis zu demühen, so können auch die widerstrebensten Anhänger nicht auf die Dauer fern bleiben. Ein sehr vorteilhafter Fortschritt ist bei dem Nachweis beschlossen: die Anstellung einer gewissen Arbeiterin als Geschäftsführerin. Weit leichter als einer ferusprechenden Dame wird es ihr sein, das Vertrauen der Arbeiterinnen zu gewinnen, denen sie mit so manchem guten Rat beistehen kann. Diese erfreuliche Veränderung wird bereits am 1. Mai in Wirksamkeit treten.

Eine Resolution wurde vorgelesen: „Die heute anwesenden Plätterinnen Berlins erklären sich bereit, in Zukunft nur den partiellen Arbeitsnachweis des Centralvereins zu demühen, dagegen das Anschauen und Annehmen nach Annoncen möglichst zu meiden.“

Nach einstimmiger Annahme der Resolution wurde die Versammlung von der Vorsitzenden geschlossen.

Sehr erfreulich war die lebhafteste Teilnahme, welche die Anwesenden — es hätten noch einige Platz gehabt — für ihren Nachweis an den Tag legten, eine Teilnahme, die auf richtigem Verständnis für die Wichtigkeit der Sache beruht. Mögen sie nun ihrer Eifer durch unermüdbare Agitation unter den Kolleginnen beweisen. Der Arbeitsnachweis befindet sich Münchstr. 11; die Stunden sind von 8 Uhr ab.

Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.
Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, in den „Arminshäusern“, Kommandantenstraße 20: Vortrag des Herrn Dr. J ad e l über das Thema: „Begründung und Kritik des Arbeiterinnenvereins“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag, Donnerstag und Freitag von 7-9 Uhr abends statt.

Abonnement von 1892. Was Ueberbietet wird auf Rechnungsbücher mit dem Bilde des Kaisers Friedrich ein geringes Aufgeld gezahlt. Wenden Sie sich an einen der im Adressbuch verzeichneten Münzverwalter. — Der 8. April 1892 ist auf einen Montag. — Wie tief die Schienen der Linie Schief, Bahnhöf-Treppel unter dem Wasserpiegel liegen, wissen wir nicht. — **Sch. 79.** Wenden Sie sich wegen Einstellung an das Bureau der Berliner elektrischen Straßenbahnen von Siemens u. Halske, Potsdamerstraße 37.

C. S. I. Der Ring ist pfändbar. Die Schuldnerin kann im Termin ihre Verpflichtung zur Leistung des Eides bestritten, wenn in der That noch kein Pfändungsversuch unternommen war, und schreit in dem betreffenden Fall auch einwenden zu können, daß sie minderjährig war. Sprechen Sie eventuell mit den Papieren in einer der Sprechstunden vor.

A. S. Virensch. 76. Räterückzahlung der Lebensversicherungen an junge Ehefrauen. Die Hälfte der für die Invalidenversicherung geleisteten Beiträge können Frauen erhalten verlangen, wenn sie in den Ehestand eintraten, bevor ihnen eine eine Alters- oder Invalidenrente bewilligte Entscheidung zugest. 1. Voraussetzungen ihres Anspruchs ist: 1. Es müssen mindestens 200 Mark vor Eintragung der Ehe geleistet sein. 2. Der Versicherungsbeitrag muß innerhalb eines Jahres nach dem Tode der Versicherten geleistet worden sein. Mit der Rückzahlung erlischt der durch die Zahlungen erworben Anspruch auf Alters- oder Invalidenrente. In vielen Fällen, in denen die Ehefrau weiterarbeitend oder in denen die Möglichkeit einer Selbstversicherung gegeben ist, ist es deshalb vorzuziehen, den Antrag auf Hinterlassung nicht zu stellen, sondern weiter zu versichern. Der Antrag auf Erstattung der Beiträge ist bei der unteren Verwaltungsbehörde oder bei der von der Landes- Centralbehörde bestimmten Behörde anzubringen. In Berlin sind solche Anträge an den Magistrat, Abteilung für Invalidenversicherung, Köpenickerstr. 55, schriftlich zu richten oder dort zu Protokoll zu erklären. Beizufügen sind die Beitragsurkunde und die Lebensversicherung. Beizufügen sind die Beitragsurkunde und die Lebensversicherung.

M. S. 100. Da die der Erbchaft nicht entzogen haben, sind Sie Erbe geworden und werden zur Zahlung verpflichtet sein, wenn nicht etwa Beschränkung vorliegt. Sprechen Sie gelegentlich mit etwaigen Anwälten in der juristischen Sprechstunde vor. — **Mund 20.** Sie sind zur Zahlung verpflichtet, weil Sie nach Ihrer Schilderung hierzu rechtlich verpflichtet sind. — **S. 23.** Zur Gültigkeit des Vergleichs ist Genehmigung seitens des Vormundschaftsgerichts erforderlich. — **S. 100.** Nein: Sie zahlen für Ihre Frau mit. — **S. 20.** Nein. — **Frankfurter 109.** Sie können nach zu einer Rechnung veranlassen werden. Es ist aber unwahrscheinlich, daß dies geschehen wird. — **Fr. D.** Das Vorgehen Ihrer Frau können Sie durch eine natürliche oder gerichtliche beglaubigte Erklärung, die in das Aktenregister eingetragen ist, einleiten. Beispiele hierfür finden Sie im Führer durch das B. G. B.

S. 225 Nr. 20 und 21, angehängt dem Arbeiterrecht, das u. a. in der Bibliothek Alexanderstr. 26 ausliegt. — **S. 2. 59.** 1. Klein. 2. Ja. 3. Ja. 4. Ja. 5. § 123 Abs. 3 B. G. B. bedroht gemeinschaftlichen Hausfriedensbruch mit einer Woche bis zu einem Jahre Gefängnisstrafe. — **S. 6. Kaufmann.** Die Ehe würden Sie innerhalb 6 Monaten, nachdem Sie Kenntnis von dem betreffenden Umstand erlangt hätten, nicht ohne Aussicht auf Erfolg anfechten können. (S. 61 Nr. 4 des dem Arbeiterrecht angehängten Führers durch das B. G. B.) — **S. 2. 100.** Die Reklamation könnten Sie innerhalb 28 Tagen nach Aufstellung der Verurteilung einlegen. — **M. S. 4.** Ihre Schwester befindet sich nicht im Recht: es nicht vereinbart, so gilt für Gewerbe eine sechsmonatliche Kündigung zum Quartalsbeginn. — Charlottenburg, Ja.

Marktpreise von Berlin am 24. April 1901

nach Ermittlungen des H. H. Vollzeitspreisdienstes.

*) Weizen, gut D.-Gr.	17,30	17,20	Kornstroh, neue, D.-Gr.	7,-	5,-
" mittel	17,20	17,18	" alte	1,00	1,20
" gering	17,14	17,10	" Haus	1,50	1,-
*) Roggen, gut	14,60	14,54	Schweinefleisch	1,60	1,20
" mittel	14,48	14,42	" Rohfleisch	1,80	1,-
" gering	14,36	14,30	" Hammelfleisch	1,60	1,-
*) Gerste, gut	15,60	14,80	Butter	2,60	2,-
" mittel	14,70	13,90	Eier	60 Stk. 3,60	2,60
" gering	13,80	13,-	" 1 kg	2,20	1,20
*) Hafer, gut	16,60	16,80	" Käse	2,80	1,-
" mittel	16,70	16,-	" Häuser	2,60	1,20
" gering	14,90	14,20	" Gehackte	2,-	1,20
Waldschaf	7,16	6,82	" Schafsch	1,80	0,80
Gen	8,00	5,90	" Schafsch	3,-	1,20
Grün	40,-	25,-	" Häuser	1,40	0,70
Erbsen	45,-	25,-	" Krebst	18,-	8,-
Kartoffeln	70,-	30,-			

*) ab Bahn. *) frei Wagen und ab Bahn. **Produktenmarkt vom 25. April.** Am Getreidemarkt zeigte sich anfangs feste Haltung bei 1/2 R. höheren Weizenpreisen, angesetzt durch höhere Preisermittlungen von Ausland und fortgesetzte stürmische Gänge in der Provinz, besonders in Schlesien. In Breslau wurde heute Weizen 5 M. Roggen 3 M. besser bezahlt als gestern. Da jedoch bereits gestern für diese Woche verschiedene Segler ausländischen Weizens gehandelt worden waren, so machte sich am heutigen Mittagsverkehr bald ein größeres Angebot von Lieferungen geltend, welches die Nachfrage überwiegt, so daß die anfangs erzielten Anträge wieder verloren gingen. Bei lebhaften Umsätzen hielten sich Weizen und Roggen schließlich nur etwa 1/2 bis 1/2 M. höher als gestern. Weizen blieb im Preise unverändert. Schluß für Getreide und Mehlwaren leicht erhöht, spätere Sichten wie gestern. Sehr fest lagen Mehlartikeln infolge hohen Antriebs und immer zahlreicher. Hafer und Weizenroggen 1 M. im Preise an. Weizen auf höhere Exportpreise ca. 1/2 M. höher. — Spiritus. Spiritus 0,30 M. nachgehend; 70er loco 44,20.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 26. April.
Cyrenaud. Frau Diavola. Phantasten im Bremer Maßstabe. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Macbeth. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Geschlossen.
Schiller. Der Raub der Sabinerinnen. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Die Nacht der Finsternis. Anfang 7 1/2 Uhr.
Vossing. Blödsinn als Erzähler. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Berlin bei Nacht. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichens. Kontinents Ehemänner. Vorher: Freuden der Hochzeitsreise. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reines. Schauspiel des Schillerer Bauern-Theaters. Jägerlust. Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen. Fabelle. Anfang 7 1/2 Uhr.
Secessionstheater. Bunte Theater: Heberbreit. Anf. 7 1/2 Uhr.
Thalia. Die schöne Helena. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Die Geisha. Anfang 7 1/2 Uhr.
Kulsen. Die Anna-Eise. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelm-Bühnen. Der Damenklubber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weiß. Der Postillon von Lonjumeau. Anfang 8 Uhr.
Welle. Alliance. Schauspiel der Schwarzwälder. Die Spage verjähle ed. Anfang 8 Uhr.
Metropol. Spezialitätenvorstellung. Man lebt ja nur einmal. Anfang 7 1/2 Uhr.
Apollo. Spezialitäten-Vorstellung. Frau Luna. Anfang 8 Uhr.
Palast. Spezialitäten-Vorstellung. Der Walzerkönig. Der Phatoscop. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Passage-Theater. Damen-Ringkämpfe. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubensstr. 48/49. (Am Theateraal) Abends 8 Uhr: „Unter Rhein von der Quelle bis zur Mündung.“ Im Foyer: Fr. Goethe: Charakterbilder aus der Mark. Anfang 8 Uhr.
Zentral-Theater. Täglich abends von 5-10 Uhr. Sternwarte.

Thalia-Theater
Ensemble-Schauspiel d. Central-Theater.
Nur noch wenige Tage mit vollständig neuer Ausstattung:
Die schöne Helena.
Operette in 3 Akten von Offenbach
Gedacht von Emil Thomas u. G. Helena
Musik von Nicola Stalla u. G.
Herrn: Ander, Schöp. Fr. W. Kant.
Carl Weiss-Theater
Gr. Frankfurterstr. 132.
Ein weiblicher Rajeppa.
Anfang 8 Uhr
Morgen zum letztenmal: Ein weiblicher Rajeppa.
Sonntag: Königin Margat.
In Vorbereitung: Der Lieutenant vom Himmel. Große Posse mit Gesang von W. S. W. S.

Passage-Theater.
Fortsetzung der Damen-Ringkämpfe
Anfang 8 Uhr
Ende 11 Uhr
6 u. 10 Uhr.
Gente Freitag, Beginn des Ringkampfes d. französischen Meisterkampfs-Ringertin
Henriette Garot mit der Meisterkämpferin
Eugenie Wermke.
Die Kämpfe finden Freitag, den 26. Sonntag, den 29. und Dienstag, den 30. April, statt.
Einsatz 1000 M. Siegerin ist diejenige, welche ihre Gegnerin zuerst zweimal besiegt.

Apollo-Theater
Friedrich-Strasse No. 218
Täglich
Phänomenal ausgestattet
Colossal ansant
FRAU LUNA
Noch nie dagewesener
Erfolg
Das imposante Programm.

Nur noch 6 Tage!
Cirkus Busch
Freitag, den 26. April, abends 7 1/2 Uhr:
Großer komischer Gala-Abend.
Auftreten d. berühmten amerikanischen **Pferdebändigers**
Prof. Norton B. Smith. Besonders hervorzuheben: Die gefährliche Fahrt unter der Teufelsbrücke. Unter andern: Die Jagd bis in die Kirtstappel hinaus.
Ringkampf mit einem Pferd.
Kämpfer: Die neugestarteten Clowns Gebr. Villand. — Die Clowns Adolpho & Daudi. — Mr. Simbo, der komische Sprechclown. — Die Original-Auguste Magrini u. Pascoli.
Zum Schluß: Zum 151. Male:
Die eiserne Maske.

URANIA
Taubensstr. 48/49.
Im Theater
Freitagabend 8 Uhr:
Unser Rhein
von der Quelle bis zur Mündung.
Im Foyer: Franz Goethe: Charakterbilder aus der Mark.
Invalidenstr. 57/62.
Tägl. Sternwarte.

Passage-Panopticum.
Rest!
Singhalesen-Truppe
(Die kolossale Indierin.)
Marionetten-Theater.
Entrée inkl. Passage-Theater (so weit der Raum reicht) 60 Pfennige. Kinder 25 Pfennige.

W. Noacks Theater.
Brennenstraße 16.
Jeden Sonntag, Dienstag und Donnerstag:
Theater-Vorstellung.
Ihre Familie.
Vollständig mit Gesang in 4 Akten von Schinde und Engel.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.
Palast-Theater
früher Feen-Palast, Burgstr. 22.
Das große April-Programm.
Riesen-Erfolg!
8 1/2 Uhr! 9 1/2 Uhr!
Der Walzerkönig.
Gr. Posse u. Gesang u. Tanz in 3 Akten von Mannsb. H. Müller.
Direktor Richard Müller.
Das Phatoscop.
Lebende Photographien in die gelebten Welt und Wüste.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entrée 50 Pf.
Preis! Schluß der diesjährigen Saison am 30. April. In diesen Tagen sind sämtliche Ehren- und Souveränitäten zum letztenmal gültig.

Metropol-Theater
W., Belegstr. 55/57.
Nur noch 5 Vorstellungen
Man lebt ja nur einmal
und das April-Specialitäten-Programm.
Anf. 7 1/2 Uhr, der Hofe 1/2 Uhr.
Nachen überall gestattet.

Große Betten 12 M.
(Oben, unten, zwei Akten) mit geräumigen neuen Federn bei **Carl & Co.** Berlin N., Brünnensstr. 46. Bestelle sofort. Diese Anzeigungsverweigerung.
Wilmerdorfer Volksgarten.
Empfehle Freunden und Genossen, sowie den geehrten Vereinen meinen Saal, Garten und Kegelbahn zu allen Festlichkeiten.
1389 L.
Emil Witte.

Friedrich-Strasse 165
Castans Panopticum
Entree 50 Pf.
Kinder die Hälfte.

Sanssouci
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag:
Hoffmanns-Wordd-Sänger.
Stets wechselndes Programm.
Nach jeder Vorstellung:
Tanzkränzchen
Wochentags Beerensollisch gültig. Tanz frei.
Für die Sommerzeiten, während welcher die Vorstellungen täglich im Garten stattfinden, sind noch Sonnabende für Vereine frei.

Deutsche Konzerthallen
An der Spandauer Brücke 3
In den 5 Rosenbögen:
Täglich: Internationale **Künstler-Konzerte.**
4 ausländische Kapellen.
Im 6. und 7. Bogen: Theater-Abteilung: „Die Bohème“ (Künstler-Variété).

Reichshallen
Stettiner Sänger.
Zum Schluß: **Papier vor Gericht.**
Anfang: **Wochentags 8 Uhr. Sonntags 7 Uhr.**

Technikum „Elektra“
S., Alexanderstr. 1.
Am 2. Mai, abends 8 Uhr:
Neuer Wertmesserkursus
f. Maschinenbau u. Elektrotechnik. Kurse für Elektromonteur, Maschinenführer, Zeichner etc. zu Anfang jeden Monats. Prosekt.
Zähne, schmerzlos, 1 M. an, beliebige Teilzahlung. 102,5
Frau Olga Jacobson, Invalidenstr. 145

Riesen-Walfisch
21 Meter lang. 150 000 Pfd. schwer.
Zu besichtigen im großen amerikanischen Messegelände von morgens 10 Uhr bis abends 10 Uhr. Eintrittspreis 20 Pf.
Alexanderstraße, Ecke der Magazinstraße.
Sporthaus zur „Großen Krampfe“
heerlich am Wald und Wasser gelegen
sowie **Gasthof zu Müggelheim**
empfehle den werten Vereinen, Fabriken und Werkstätten zu Wasser und Landpartien.
Fernsprech-Nr.: Köpenick 186. 10673*

J. Wandts Kleiderhandlung für Alt und Neu!
Prinzenstrasse 17, an der Wasserhorststraße.
Täglich der Eingang von Monatsanzügen, Monatspaletots, Monatsjopfen, in den reinen Stoffen gearbeitet, auch für Inpatriente Figuren passend, zu äußerst billigen Preisen. (1902)*

van Houten's Cacao
Leicht löslich - Leicht verdaulich
Wohlschmeckend - Billig im Gebrauch
In Berlin wird van Houten's Cacao massenweise ausgeschänkt an van Houten's Cacao-Stube, Werderscherstrasse 7, in der Nähe von Gerson.

Mecklenburg. Schwarz- u. Brandenburg. Landbrote
empf. Brotfabrik W. Müller, Müllersstr. 34. Niedertag, d. Platzes erkennlich.
Kinderwagen, Sportwagen, Leiter- und Regenwädhle, Triumphwädhle, Krankenwagen für Erwachsene und Kinder, auch lehmweise. Eiserne Verstellten in jeder Größe. Ordre und Nachbestellung. Preise außergewöhnlich billig, auch Teilzahlung.
A. W. Schulz,
N. Brunnenstr. 95 bis a. v. d. Humboldtstr. a. Bahnhöf Gesundbrunnen.
Verkauf 2. Hof im Fabrikgebäude. Musterbuch gratis.

Fahrräder.
Stets großes Lager erstklassiger Fabrikate auf Teilzahlung, ohne Preisermäßigung an den Kaufmann. Best. Beding. total gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren und Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I.
dicht am Halensalzer Thor.
Charlottenburg.
H. Schmerberg (1249)*
Wilmersdorfer-Strasse 127,
Uhrmacher und Goldarbeiter.
Großes Lager von Uhren und Goldwaren zu äußerst billigen Preisen.
Optische Artikel. Schließel werden schnellstens gefertigt.
Maschinen-Anzüge
in allen Größen.
Anzug 3,00 und 5,50 Mk.
Jacken 1,50 und 2,75 Mk.
Hosen 1,50 und 2,75 Mk.
Carl Stier,
786 Q*) Oranienstr. 166.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin).

Freitag, den 27. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15: 80/17

Sitzung der Ortsverwaltung.

Sonnabend, 27. April, abends 8 Uhr, i. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Branchenversammlung der Musikinstrumenten-Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Stellungnahme zum 1. Mal. 2. Branchen-Angelegenheit. 3. Verschiedenes.

Sonnabend, 27. April, abends 8 1/2 Uhr, i. Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Branchenversammlung sämtlicher in der Bürsten- und Pinselindustrie

beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen Berlins u. Umg.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Rosenow über: „Namen und Bauer“. 2. Diskussion. 3. Der 1. Mai. 4. Der Lohnstreik in Gefahr und Beschleunigung.

In Branchen-Angelegenheiten wird ersucht, sich an den Obmann F. Heiner, Engel-Ufer 15, zu wenden.

Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen und für zahlreiche Besuch zu agitieren.

Die Branchenkommission.

Versammlung der Einseker.

Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 (Saal 7),

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch legitimiert! Um zahlreiches Erscheinen ersucht Die Kommission.

Achtung! Orts-Krankenkasse der Maschinenbau-Arbeiter

und verwandter Gewerbe. Sonntag, den 28. April, vormittags 9 1/2 Uhr, in Stecherts Saal, Andreasstr. 21

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Die Erhöhung des Krankengeldes. Referent: Kollege Karl Guthert. 2. Die Stellungnahme der Apotheker zur Forderung der Krankentafel. Referent: Kollege H. Ahmann. 0055

Mitglieder! Eure heiligste Pflicht ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen, beide Punkte der Tagesordnung sind für uns von so großer Bedeutung, daß an diesem Tage nicht ein Mitglied fehlen darf.

Die Eifer-Kommission.

J. H.: Karl Geisler, Rindowstraße 123, Zur Deckung der Unkosten findet Teilerhebung statt.

Bauhandwerker-Krankentafel

für Berlin und Umgegend. (E. H. No. 118.)

Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, im Saale des Herrn Hofmann, Alexanderstr. 27 c.

Mitglieder-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung des Kassierers vom 1. Quartal 1901 und Revision-Bericht. 2. Die Regelung mit den Apothekern nach dem 1. Mal. 3. Innere Angelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert, die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Der Vorstand.

28/5

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 28. April 1901, vormittags 10 Uhr,

Versammlung d. Metallschleifer, Galvaniseure

und Berufsgenossen im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Tages-Ordnung: 1. Die Bedeutung der Konjunktionskassen. Referent: Fräulein Franz Julie. 2. Diskussion. 3. Berichterstatter über das Ergebnis der hiesigen Erhebungen. 4. Verhandlungsangelegenheiten.

In dieser Versammlung sind ganz besonders eingeladen die Kollegen folgender Firmen: Bar u. Stein, Luchard, Jurek u. Cie. und Wehlich.

Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, bei W e n e l, Brangelstraße 189:

Morgensprache d. Schraubendreher.

Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, bei D i e t z e, Uferstraße 123:

Morgensprache d. Maschinenarbeiter

als: Hobler, Fräser, Bohrer, Stoßer etc.

Montag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr, Gr. Versammlung d. Schlosser

im Grand Hotel Alexanderplatz, Eing. Neue Königsr., Portal I.

Tages-Ordnung:

1. Streiklichter aus der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Referent C. Wiesenthal. 2. Diskussion. 3. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes. 114/9

Die Ortsverwaltung.

Verein der Zimmerer Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 28. April 1901, vormittags 10 Uhr:

Anherordentl. Generalversammlung

bei Cohn, Deuthstraße 20, 1.

Tages-Ordnung:

1. Fortsetzung der Diskussion und definitive Beschlußfassung über das Resultat der Verhandlungen, betreffend die Lohn- und Arbeitsbedingungen für das Jahr 1901-1902.

2. Gewerkschaftliches. Es erwartet vollständiges und pünktliches Erscheinen der Mitglieder

Der Vorstand.

257/6

Central-Verband der Maurer

(Zahlstellen Berlin und Umgegend).

Am Sonntag, den 28. April ds. Jrs., vormittags 10 Uhr, im „Seepalast“, Burg- und Wolfsgangstraßen-Ecke:

General-Versammlung

aller zum Streifgebiet Berlins und Umgegend gehörigen Verbandsmitglieder.

Tages-Ordnung:

Beschlußfassung über das Resultat der Einigungs-Verhandlungen in der Ahtzchner-Kommission und den Schiedsspruch des Gewerbegerichts.

Ohne Mitgliedsbuch kein Eintritt! Am Eingang des Saales erhält jeder Kollege einen Stimmzettel, welcher nach Schluß der Versammlung am Ausgang abgegeben ist. (137/9*)

Achtung! MAURER. Achtung!

Am Sonntag, den 28. April, vormittags 10 Uhr, in Kellers Festhölle, Köpenstraße 29:

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Beschlußfassung über den Schiedsspruch des Einigungsamts des Gewerbegerichts. 2. Vereinsangelegenheiten.

NB.: Die Abkündigung ist geheim und erfolgt per Stimmzettel und hat sich jeder Kollege beim Eingang in das Lokal in den Besitz eines Stimmzettels zu legen.

Alle Zahlstellen und Vereine innerhalb des Streifgebietes haben zu dieser Versammlung Zutritt.

Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß!

Der Vorstand.

Achtung! Bauarbeiter Berlins u. Umg. Achtung!

Verband der Bau-, Erd- und gewerblich. Hilfsarbeiter Deutschlands.

Sonntag, 28. April, vormittags 10 Uhr, in Buggenhagens Etablissement am Moritzplatz:

Mitglieder-Versammlung

sämtlicher zum Streifgebiet gehörigen Zahlstellen.

Tages-Ordnung:

1. Die weiteren Verhandlungen mit den Vertretern des Arbeitgeberbunds. 2. Stellungnahme zum 1. Mal. 3. Verschiedenes.

Der wichtigen Tagesordnung halber ist es notwendig, daß sämtliche Kollegen erscheinen.

Mitgliedsbuch legitimiert. Die Lohnkommission. J. H.: H. Holdemann.

Centralverband der Zimmerer Deutschlands

Zahlstelle Berlin u. der Vororte.

Sonntag, den 28. April 1901, vormittags 10 Uhr:

General-Versammlung

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1901 und des übrigen Fonds. 2. Berichterstatter und Beschlußfassung über die Verhandlungen der Ahtzchner-Kommission, betreffend die Verlängerung des Vertrages.

3. Bericht der Delegierten von der 14. Generalversammlung zu Nürnberg. 4. Neuwahlen: a) des Verbandsausschusses, b) der Agitationskommission, c) der Ahtzchner-Kommission.

In Anbetracht der außerordentlich wichtigen Tagesordnung erwarten wir, daß die Mitglieder recht zahlreich und pünktlich erscheinen.

Die Versammlung wird Punkt 10 Uhr eröffnet.

Der Vorstand. J. H.: G. Ruppert.

254/11

Zur Maifeler

— Tafel-Nadeln per 100 Stk. 4,50. —

— Rothe S.-Nadeln mit Nadelbüchsen per 100 Stk. 3,50. —

18000* H. Guttman, Brunnenstr. 9.

für Hülle andzugeben, man erhält auch in billigen Preisen gute Sachen, wenn man die richtige Bezugsquelle kennt.

Knaulenstühle 1-3 Stk. Herrenstühle, weich 1,75-5,25, hart 2,00-5,25.

Cylinderstühle 4,00-12,00.

Chapeaux claque 8,00-10,00.

im Einzelverkauf bei Arnold & Eggert

Out-Fingerg.-Geschäft, Woldemarstr. 44. part., Kein Laden.

Unsinn ist Viel Geld

Pflanzenfleisch-Extrakt

OVOS

wohlschmeckend — kräftig — billig — geruchfrei

verstärkt Bouillon, Suppen, Saucen, Gemüse etc.

nicht zu verwechseln mit Suppenwürzen

Vergleichende Analyse von thierischem Extrakt Ovos

Wasser 28,90 27,75
Belene Asche (Kochsalzfrei) 12,90 10,92
Eiweißstoff 21,07 40,27
Phosphorkalium 5,38 5,31
Extractivstoffe ohne Nährkraft 31,81 21,43

Fest: 1 Pfund (500 gr) ... M. 3,75 1/2 Liter (Inhalt 500 gr) M. 2,25
1/2 „ (250 „) ... „ 2,00 1/4 „ („ 300 „) „ 1,30
1/4 „ (125 „) ... „ 1,10 1/4 „ („ 150 „) „ 0,85
50 gr „ 0,50 1/4 „ („ 75 „) „ 0,55

Man achte auf Gewicht und Preise.

Zu haben in allen Drogen-, Colonial- und Delikatess-Geschäften.

Unter ständiger Controlle des Herrn Dr. Lohde, gerichtl. vereid. Nahrungsmittelchemiker beim Kgl. Landgericht I Berlin, langjähriger Chemiker beim Kgl. Kriegsministerium und Kgl. Polizeipräsidenten, Berlin.

Central-Arbeiten- u. Sterbekasse der Tischler

(Ortsverwaltung Berlin B.) Sonntag, den 28. April 1901, vormittags 9 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 Saal 3, I. Courgebäude I.

Mitglieder-Versammlung. Tages-Ordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal 1901. 2. Verschiedene Kasenanangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. 181/4 Die Ortsverwaltung.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege, Tischler

Robert Bergmann

am 22. April verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Freitag, nachmittag um 4 Uhr vom Krankenhaus Friedrichshagen aus nach dem Warten- und Andreas-Richthof, Nieder-Schönhaufen, statt.

Um rege Beteiligung ersucht 80/18 Die Ortsverwaltung.

Orts-Arrentafel der Sattler

und verwandter Gewerbe.

Dienstag, den 23. April, verstarb das Mitglied

Hermann Katzur

(Werkstelle von F. Seidel).

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 27. April, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Rixdorfer Gemeinde-Richthofs, Rindowstraße, aus statt.

J. H.: G. Ahmann, Rentant. 272/6

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Nachruf!

Am 21. April verstarb unser langjähriges Mitglied, der Schlosser

Franz Jedlicka.

Ehre seinem Andenken! (114/8)

Die Ortsverwaltung.

Central-Arbeiten- u. Sterbekasse der Tischler u.

Ortsverwaltung C.

Mitglieder-Versammlung

am Montag, den 29. April, abends 8 1/2 Uhr,

bei Cnaudi, Belle-Alliancestraße 14, Gede Bergmannstraße.

Tages-Ordnung:

1. Kassendbericht vom 1. Quartal. 2. Verschiedene Kasenanangelegenheiten. — Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht (182/6)

Die Ortsverwaltung.

Konjunkturverein Charlottenburg

Montag, den 29. April, abends 8 Uhr, im Restaurant Lillpop, Berlinerstraße 87:

Generalversammlung

Tages-Ordnung:

1. Berichte des Vorstandes und des Aufsichtsrats. 2. Anträge auf ständiges hohes Erziehung einer neuen Verbandsstelle, und auf Schluß der Verbandsstelle um 8 Uhr. 3. Erlassnahmen für ausstehende Mitglieder des Vorstandes und Aufsichtsrats. 4. Verschiedenes. 99/11

Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen und Mitgliedsbuch oder Mitgliedskarte mitzubringen.

Der Aufsichtsrat des Konjunkturvereins Charlottenburg.

G. W. m. S. D.

B. Borchardt, Vorsitzender.

Voran II

Produktiv-u. Einkaufs-Genossenschaft für Fahrräder u. andre Bedarfsartikel.

Montag, 29. April, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes. 2. Revisionenwahl. 3. Ausgabe der Mitgliedsbücher. 4. Verschiedenes.

Fahrräder, Wägen, Laternen usw., alles neueste Modelle, sind in der Versammlung zu haben, ferner in den Geschäften: Heine, Köbberstraße 31, III; Brückle, Weidenbergstr. 88a; Brandt, Quaderstraße 74, IV; Lamsch, Demmlerstraße 28, II; Scapatin, Rummelsburg, Konstr. 47; Hartmann, Weidenberg, Streustr. 71; Wolter, Charlottenburg, Marktstr. 21.

Garantie gestellt.

Mitglieder werden aufgenommen. Nicht verwehrt mit Selbstuntersuchern oder mit Berliner Einkaufs-Genossenschaft Warfildstraße.

99/10

Der Vorstand.

Central-Arbeiten- u. Sterbekasse der Tischler

(Ortsverwaltung Berlin B.)

Sonntag, den 28. April 1901, vormittags 9 1/2 Uhr,

im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15 Saal 3, I. Courgebäude I.

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom 1. Quartal 1901. 2. Verschiedene Kasenanangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. 181/4

Die Ortsverwaltung.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Den Mitgliedern der Lokalkommissionen Berlins und der Umgegend zur Nachricht, daß am Sonntag, den 12. Mai, die nächste Lokalliste erscheint. Wir ersuchen daher dringend alle Mitglieder, in ihren Kreisen und Ortschaften dafür zu sorgen, daß eine klare und gewissenhafte Liste erscheint. Dies ist um so notwendiger, als die Liste die Leiterin für alle Ausschüsse sein soll. Änderungen über Neuannahmen resp. Streichungen sind bis spätestens zum 7. Mai an folgende Genossen zu senden. Für Teltow-Boeslow: Hermann Quitt, Niddort, Sobrechtstr. 82, IV. Für Niederbarnim: Paul Kotte, Friedrichsfelde, Lichtenberger Brinzen-Allee 20 a. Für Potsdam-Ost-Havelland: Albert Reue, Spandau, Jagowstr. 9. Diverse Orte: G. Stein, Briesen a. O., Frankfurtstr. 82. Für Berlin: C. Scholz, Wrangelstr. 110. — Spätere Einmeldungen können nicht berücksichtigt werden.

Nieder-Schöneweide. Sonnabendabend 8 1/2 Uhr ist bei Franz, Oranienstr. 5, Versammlung des Wahlvereins.

Ober-Schöneweide. Sonnabend, abends 9 1/2 Uhr, hält der Arbeiter-Bildungsverein seine Mitgliederversammlung ab, zu welcher Gäste freundlichst eingeladen werden. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.

Stralau. Sonntag, nachmittags 1 Uhr, findet im Kurschen Lokal zu Alt-Stralau 5 eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Bezirks-Wahlvereins statt. In derselben wird Genosse Grimm einen Vortrag über „Die Grundlagen der Religion“ halten.

Tokales.

Maisfest 1901.

Die Maisfest-Zeitung wird heute, Freitag früh, in der Buchhandlung Vorwärts herausgegeben. Das Festblatt ist diesmal reichhaltig wie wohl noch in keinem Jahre vorher ausgestattet. Das in scharfen Strichen gezeichnete Titelbild des Münchner Künstlers Robert Engels stellt markant den Massenschritt der Arbeiterbataillone dar; das Hauptbild aber, W. Borbergs „Besieger Mai“, verhandelt in herlicher Allegorie Fortschritt und Sieg des Sozialismus, dem sich tausend Hände verlangend entgegenstrecken. Von den weiteren Illustrationen seien noch vier Bilder unfres englischen Parteilosen Walter Crane erwähnt, in denen dieser hervorragende Künstler zum Teil wohl das Schönste giebt, was seine gedankenreiche Phantasie zu schaffen vermochte.

Im Texte finden wir eine wirkungsvolle Betrachtung über das Sozialistengesetz und die Jahre der proletarischen Entwicklung, die ihm gefolgt sind; weiter heben wir hervor eine drastische Humoreske „Walpurgisnacht 2000“, eine Abhandlung über die Erfolge der Arbeiterbewegung, und, was auf keinen Fall fehlen durfte, ein Artikel „Maisfest und Brotzoll“.

Alles in allem steht die Maisfest-Zeitung agitatorisch und künstlerisch auf der Höhe und sie wird daher wie in den Vorjahren so auch jetzt überall in der Arbeiterschaft begehrt sein.

Eine große Kundgebung für die Getreidezoll-Erhöhung

beabsichtigen die agrarischen Brotwucherer heute Freitagabend hier in Berlin in Szene zu setzen. Der deutschkonservative Wahlverein hat nämlich für heute abend 8 1/2 Uhr nach der Tonhalle, Friedrichstraße 112, eine öffentliche Versammlung einberufen, in der die Herren Abgeordneten Hahn und Oertel über Zollfragen reden werden. Da in der Einladung Gäste willkommen geschrieben sind und freie Aussprache zugesichert ist, so dürfte es zu interessanten Auseinandersetzungen zwischen Anhängern und Gegnern des Brotwuchers kommen.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Der Kampf um den Bürgermeisterposten ist also nun zu Gunsten des Stadtrats Kauffmann entschieden. Herr Kauffmann hat mit einer geringen Mehrheit gestimmt, mit 67 Stimmen gegen 59, die auf den Gegenkandidaten Herrn Dose, den Spindler der Berliner Kaufmannschaft, fielen. Das Stimmverhältnis ist ähnlich wie vor einem Jahre bei der Wahl Brinkmann contra Wendrich. Auch darin gleich die diesjährige Wahl der vorjährigen, daß die sozialdemokratische Fraktion wieder in der Lage war, den Ausschlag geben zu können. Ohne die Unterstützung durch unsre Genossen wäre Kauffmann seinem Gegner unterlegen. Die Verlesung des Wahlergebnisses wurde von Herrn Kauffmanns engeren Freunden mit freudigem Bravo, von seinen Gegnern mit Pfischen aufgenommen. Auf der gut besuchten, aber nicht voll besetzten Tribüne versuchten einige Personen in den Weisfall einzustimmen, aber die Mehrzahl blieb kühl.

Von der neuen großen Kochkitchen-Anlage auf dem nord-westlichen Teile des Charité-Grundstücks giebt das „Centralbl. d. Bauw.“ eine sachmännliche Beschreibung, die erkennen läßt, wie wichtig diese für die Krankenpflege ist. Das Küchengebäude enthält im Kellergerüst große Vorratsräume für Kartoffeln, Fleisch, Wein, Bier etc., sowie unter der Hauptkitchen einen großen Raum für die zahlreichen, zu den Kochapparaten gehörigen Kochleitungen. Die ganze Küchenanlage ist darauf berechnet, künftig in den verchiedenen Kliniken etwa 1300 Kranke, sowie ein Personal von 400 unversehrten Ärzten, Apothekern, Schwestern, Wärtern, Wärterinnen etc. der Anzahl ausreichend versorgen zu können. Im Erdgeschosse nimmt die große zweigeschossige Kochkitchen die Mitte des Gebäudes ein, daneben liegen zwei Speise-Ausgaben, die Vorratsküche und die Spülküche. Dazu gesellen sich einige Speisekammern, die Aufkammer des Delonomie- und des Kücheninspektors, die Gemüsepumpe, die Räume für Brot, Milch und Getreide. Im Obergeschosse liegen die Familienwohnung des Delonomie-Inspektors sowie Wohn- und Schlafräume für die Oberkitchen und 18 Köchinnen und Küchenmädchen. In der großen Kochkitchen sind 14 größere freistehende Dampfesseln von je 100-200 Liter Inhalt, zusammen = 5400 Liter zum Kochen von Gemüse, Fleisch, Bouillon, Kartoffeln, Kaffee und Milch angeordnet. Zum Kochen wird Dampf von geringer Spannung benutzt, der größte Teil der Kessel ist jedoch so ausgeführt, daß man je nach Bedarf auch mit halbem oder ganzem Wasserbad kochen kann. Aus diesen größeren Kesseln sind in der Hauptkitchen neun als Kippköpfe gebaute Dampf-Kochapparate für den sogenannten ersten Tisch von je 30 bis 50 Liter vorgesehen. Dazu kommen zwei große Kartoffelkocher für einen täglichen Bedarf von 700 Kilogramm Kartoffeln ausreichend, sowie zwei große Zafelherde für Kohlenfeuerung und zahlreiche Wärmestellen. In der mit der Hauptkitchen zusammenhängenden Vorratskitchen befinden sich drei Gas-Öfen, für einen täglichen Verbrauch von 600 Kilogramm Fleisch berechnet, ferner ein Fischkocher, ein großes Wärmehaus zum Warmhalten der fertigen Braten, Wärmehäute, Wärmestellen etc. Inmitten der Gemüsepumpe stehen drei zweifelhafte Wärmehäuser von je 1000 Liter zum Abwaschen der Gemüse oder von Gefäßchen, mit Wasser-Ju- und Ablauf. Die Milchammer ist mit einem großen Apparat zum Abkühlen der Milch ausgerüstet, eine Kühlkammer für Fleisch befindet sich im Erdgeschosse.

Wenn nur — was doch die Hauptsache — die Kranken mit dem Speifen zufrieden sein können, die in dieser Wunderküche hergestellt werden.

Mit der so notwendigen Entlastung der Leipzigerstraße scheint es endlich ernst werden zu sollen. Das Polizeipräsidium hat durch seine Organe feststellen lassen, daß mit Rücksicht auf den ständig zunehmenden Verkehr und auf die Verkehrssicherheit eine Entlastung der Hauptverkehrsstraßen Berlins und besonders der Leipzigerstraße dringend erforderlich ist. Von 1895 bis 1900, also in fünf Jahren, betrug die Verkehrszunahme 68 Proz., besonders groß war die Vermehrung der Leipzigerstraße durch das öffentliche Fußgänger. Das Polizeipräsidium beabsichtigt zunächst eine Entlastung der Leipzigerstraße dadurch zu bewirken, daß mehrere Straßenbahnlinien, die von Schöneberg und Wilmersdorf (Lützowplatz) nach dem Centrum gehen, in Zukunft von der Lützowstraße ab durch die Dammwegstraße, an dem Hafenplatz vorbei, durch die Anhalt- oder Zimmerstraße nach der Charlottenstraße und dann in die Leipzigerstraße geführt werden. Der Umweg würde nicht ganz 500 Meter betragen, der Postbureauplatz aber eine wesentliche Entlastung erfahren. Es ist ferner festgestellt worden, daß auf diesen Linien die Verkehrsverhältnisse derart liegen, daß nach Wegfall einiger Haltestellen, trotz des Umwegs die gleiche, eventuell sogar noch eine erhöhte Schnelligkeit in der Beförderung erzielt werden können. Auch soll auf diesen Linien der Verkehr von Anhängewagen nichts im Wege stehen. Für das Publikum würde es sich empfehlen, bei Fahrten vom Dönhofsplatz usw. nach Schöneberg und Wilmersdorf und umgekehrt diese Linien durch die Charlottenstraße zu benutzen. Das Polizeipräsidium hat in dieser Frage mit dem Magistrat und der Verkehrsdeputation Abklärung genommen und Entgegenkommen gefunden.

Die häßlichen Heimsstätten für Gensende werden in diesem Sommer über mehr Plätze als bisher verfügen. In Heinersdorf ist das neue Heimsstättengebäude, das durch die im Juni vorigen Jahres in dem alten Gebäude ausgebrochene Feuerbrunst notwendig geworden ist, auf 72 Betten berechnet, so daß hier gegenüber der bisherigen Zahl von 60 Betten eine Vermehrung um 12 Betten eintritt. Die beiden Baracken zu je 20 Betten, die in Heinersdorf im vorigen Jahre nach dem Brande als vorläufiger Ersatz für das zerstörte Gebäude aufgestellt wurden, werden in diesem Jahre den Heimsstätten überlassen, so daß die Zahl der Betten in den Sommermonaten auf 84 in Malchow von 88 auf 108 steigt. Die Heimsstätte Blankenburg hat schon seit längerer Zeit außer 54 das ganze Jahr hindurch zur Verfügung stehenden Betten noch eine Sommerbaracke mit 16 Betten. Im ganzen wird die Zahl der in den vier Heimsstätten in den Sommermonaten vorhandenen Plätze von 282 um 52 auf 334 steigen. Dem starken Andrang zu den Heimsstätten, der alljährlich im Sommer auftritt, kann allerdings auch dadurch nur zu einem geringen Teil genügt werden.

Interessante Messungen wurden in einer der letzten Nächte auf Veranlassung des Decenenten unser Gasverwaltung, Stadtrat Ramslau, an den neuen Straßenlaternen in der Friedrichstraße vorgenommen. Es zeigte sich dabei, daß die durchschnittliche Helligkeit der „Lucas“-Lampen und des elektrischen Lichts ziemlich gleich ist, daß durch erstere aber eine viel gleichmäßigere Verteilung des Lichts über die Straßenflächen erzielt wird. Die Messungen sollen nach dieser und anderen Richtungen hin noch fortgesetzt werden.

Der frühere Geschäftsschluß während der Sommermonate soll diesmal einer Korrespondenz zufolge am 1. Mai seinen Anfang nehmen. Die Engros-Geschäfte schließen um 7 Uhr, die Detailgeschäfte um 8 Uhr. In der Textil-, Galanterie- und Papierbranche haben sich angeblich zahlreiche Firmen mit der Einföhrung eines früheren Geschäftsschlusses im Sommer einverstanden erklärt. Wenn's nur wahr ist!

Jeder Berliner unter Polizeiaufsicht. Ueber eine Neueinteilung der Polizeigehefte weiß ein hiesiges Blatt zu berichten: Der Dienstbezirk jedes einzelnen Polizeireviers ist in sog. „Sektionen“ von je 20 bis 30 Häusern eingeteilt worden. Jeder Hausmann erhält eine derartige „Sektion“ zugeteilt und muß innerhalb seines Reviers genau wissen, wer in den einzelnen Häusern wohnt, wer ein- und auszugehen pflegt und welchen Ruf sich die Bewohner bezw. Besucher erfreuen. Man hofft, daß dadurch bei außergewöhnlichen Vorkommnissen die Schutzeute in der Lage sein werden, der Ermittlungsbehörde wertvolle Fingerzeige zu geben.

Das ist, polizeitechnisch gedacht, sehr schön; nur fehlt eine Anweisung für die Schutzeute, wie sie es anstellen sollen, daß ein jeder von ihnen über den Ruf und die Bekanntheitsverhältnisse von mindestens 2000 Personen unterrichtet ist. Es ist bekannt, welche Schwierigkeit der Polizei unterlaufen sind bei den Verleihen über politische thätige Personen, zu deren besonderer Heberwachung oft mehrere Beamte bestellt waren. Somit wird der praktische Wert nur ein recht problematischer sein.

Vor den in Zeitungen angepriesenen Mitteln gegen Magerkeit und zur Erlangung voller Formen der Hüfte warnen das Polizeipräsidium. In der Bekanntmachung werden namentlich jene Mittel aufgezählt, die als Vertorin, Nitrogen, orientalisches Kraftpulver, Entropia-Tabletten und Alopoko vertrieben werden. Der Preis dieser Sachen, die für 1,25 M. bis 8 M. feilgeboten werden, übersteigt den Wert der meist aus Zucker und Mehl bestehenden Präparate durchweg um das Zehnfache! Ein andres Mittel „Vilutes Orientales“ enthält Arsen und ist daher ebenfalls gefährlich. Jegend welche Wirkung auf die Entwicklung der Hüfte üben diese Mittel ebensowenig aus, wie diejenigen, die von einem Geschäft in Weimar und von einer Frau Kressin in Dessau gegen teures Geld angeboten werden.

Der berühmte Censor Dumrath ist dem „Berliner Tageblatt“ zufolge seines Postens enthoben und der Gewerbe-, Straßen- und Verkehrs-polizei vorgelegt worden. Das ist recht schade; gerade in den Sommermonaten hätte das Wirken des Herrn Dumrath der Presse gewiß manchen unangenehmen Stoff gegeben. Vielleicht macht dieser Regierungsrat aber auch in seinem neuen Amte von sich reden.

Während der Verhandlung des Prozesses Sternberg hatte, wie noch erinnert sein dürfte, Rechtsanwalt Dr. Halpert eine Drohküre erscheinen lassen und darin den Gang der Voruntersuchung im allgemeinen und dieses Prozesses im besonderen auf Grund einzelner in der Hauptverhandlung zur Sprache gekommener Thatsachen einer Kritik unterzogen. Diese Drohküre hatte den Oberstaatsanwalt veranlaßt, ein ehrenrühriges Verfahren gegen Dr. Halpert zu beantragen, das am vorigen Montag vor dem Ehrengericht der Anwaltskammer seine Erledigung gefunden hat. Das Ehrengericht tagte unter Vorsitz des Geh. Justizrats Dr. Lesse und unter Beisitz der Justizräte v. Simson, Rog Jacobsohn, Kleinholz und Haad. Die Oberstaatsanwaltschaft vertrat Staatsanwalt-Stat Richter, der einen Verweis beantragte. Nach längeren Ausführungen des Dr. Halpert selbst und des Rechtsanwalts Wolfgang Heine, die die Grundlosigkeit der erhobenen Vorwürfe nachzuweisen suchten, erkannte das Ehrengericht nach ganz kurzer Beratung auf Freisprechung.

Seltames Besuch. Gegen die weitere Ausgabe von Kartenbriefen wollen die Papier- und Convertfabrikanten vorstellig werden. Sie weisen darauf hin, daß ein Bedürfnis des Publikums nach Kartenbriefen nicht vorliegt, wofür der bisherige Mißerfolg derselben zur Genüge zeugt. Dagegen schädige die Postverwaltung durch die Kartenbriefe in erheblichem Maße die Papierfabrikanten und Händler. Dieser Schaden wäre am Ende zu ertragen.

Das Brett wecht sich. Die Berliner Specialitäten-Theater-Direktoren veranstalten im Verein mit den Kritikern und Theateragenten eine öffentliche Professorensammlung gegen die gegenwärtige Handhabung der Completentur. Es soll eine Eingabe an das Polizeipräsidium gerichtet werden, um eine einheitliche Regelung und mildere Handhabung der Censur herbeizuführen. Vielleicht läßt das Polizeipräsidium sich rühren, indem es in Betracht zieht, daß nirgendwo in Berlin mehr in Patriotismus gemacht wird, als in bestimmten Varietés-Theatern.

Scharlach in der Kaserne. Im 8. Garde-Regiment traten vor längerer Zeit Scharlachkrankungen auf. Im ganzen wurden acht Mann davon befallen. Um einer Uebertragung auf andere Truppendeile vorzubeugen, gab das Regiment seit elf Wochen keine großen Wachen mehr. Nachdem aber am Montag der letzte Kranke, der Gardefürstler Juchneider von der 10. Kompanie, aus dem Garnisonlazarett II zu Tempelhof geheilt entlassen worden ist, bezog das Regiment gestern wieder die Wache.

Eine eigenartige Geschichte ist jetzt zur Kenntnis des Geheimen Militärkabinetts gekommen. Vier Berliner Möbel-Expeditiionsfirmen haben es nämlich fertig gebracht, durch Vertrauenbruch seit geraumer Zeit die Verlegungen von Offizieren und Militärbeamten früher zu erfahren, als sie in „Militär-Wochenblatt“ zur Veröffentlichung gelangten. Diese Firmen sicherten sich auf solche Weise ein förmliches Monopol für die Möbel-expedition bei den Infolge der Verlegung notwendig werdenden Umzügen. Ein in Berlin wohnender Hauptmann soll sogar von seiner Verlegung nach Bonn zuerst durch die Offerte eines Möbel-expeditors Kenntnis erhalten haben.

Eine neue Spieler-Affaire. Auf Requisition einer auswärtigen Staatsanwaltschaft ist vor einigen Tagen der Freiherr Hans v. Eichstädt von der hiesigen Kriminalpolizei verhaftet und in das Moabit-Untersuchungsgefängnis gebracht worden. Der Verhaftete wird des gewerdmäßigen Glückspiels beschuldigt. Er besitzet dies jedoch mit Entschiedenheit und giebt nur zu, daß in seiner in einem Hotel befindlichen Wohnung Zusammenkünfte von besessenen Personen stattgefunden hätten, bei denen allerdings ein kleines „Zen“ gemacht worden sei; die Einsätze hätten jedoch in keinem Falle den Betrag von je 10 M. überstiegen.

Wieder ein Pferd im Schaufenster. Ein aufregender Vorgang spielte sich am Mittwochnachmittag auf dem Wälder-Platz ab. Der Wagen einer Wäscherei aus der Köpenickerstraße stieß mit einer Droßke zusammen. Sein Pferd ging darauf durch, nachdem der Droßkefahrer es mit seiner Peitsche geschlagen hatte, rannte auf den Bürgersteig, von dem sich vier spielende Kinder nur mit knapper Not vor ihm retteten, und fiel in die große Schaufensterscheibe der Schanowitz'schen von Randt am Wälderplatz Nr. 1. Der Aufsicher kam unverletzt davon. Die große Scheibe ging in Trümmer, von der ganzen Auslage aber wurde nur eine Schnapsflasche getroffen.

Liebesgram hat die 22 Jahre alte Tochter Elise des Gastwirts Sperling in der Wallstraße ins Wasser getrieben. Das Mädchen hatte sich in einen Gast, der seit einem halben Jahr in der Wirtschaft verkehrte, verliebt, stieß aber bei ihrem Vater auf Widerstand. Am 19. v. M. verließ sie nach einer abermaligen Auseinandersetzung die Wohnung mit der Drohung, daß sie ins Wasser gehen werde, wenn sie ihren Geliebten nicht bekommen solle. Gestern wurde ihre Leiche an der Friedrichsbrücke aus der Spree gelandet.

Nach Mitteilung des Polizeipräsidiums ist am 14. d. M. abhandelt gekommen eine Vriestafel aus grünem Leder, enthaltend vier Stück 1000 Mark-Scheine, vierzehn 100 Mark-Scheine, zwei Stück 50 Mark-Scheine, zwei Stück 5 Mark-Scheine, einen Wechsel über 8000 M., einen Kleinsatz, ausgehellt vom Kreisamt Kaufheim, eine Monatskarte erster Klasse Kaufheim-Frankfurt a. M., mehrere Checkformulare des Spar- und Vorsparvereins Kaufheim, sowie Briefe und Visitenkarten. Die Vriestafel, 20x10 Centimeter groß, ist an den abgerundeten Ecken mit Silberbesatz versehen und trägt in der linken oberen Ecke in herzförmigem Ausschnitt das Bild eines Kindes. Diejenigen, die über den Verbleib der abhandelt gekommenen Gegenstände etwas angeben können, werden ersucht, sich in den Vormittagsstunden zwischen 9 und 1 Uhr im Polizeipräsidialgebäude Zimmer 244 II. Etoc einzufinden.

Arbeiter-Bildungsschule, Engel-Ufer 15, Hof links, 2 Treppen. Heute abend Beginn des Kursums. Rede-Übung (Referate und Diskussionen über Thematika aus dem sozialen, gewerkschaftlichen und geistigen Leben). Vortragender: Dr. Rudolf Steiner.

Generbericht. Nur vereinzelte Alarmierungen sind aus den letzten Tagen zu melden, die auch durchweg auf unbedeutende Brände zurückzuführen waren. Faldensteinstr. 42 wurden am Donnerstag Möbel und Kleiderkasten, 35 Regale in einer Ladereckwerkstatt durch Feuer beschädigt. Vorher waren Gollnowstraße 43 und Schönhauser Allee 65 keine Wohnungsbrände zu befechten. Wilhelmstr. 129 hatte die Dachkonstruktion Feuer gefangen, das jedoch wesentlichen Schaden nicht anrichtete. Außerdem wurden noch unbedeutende Kellerbrände von Dallborferstr. 20 und Schliemannstraße 8 gemeldet.

Aus den Nachbarorten.

Der Urheber des Brandes des Potsdamer Polizeigesängnisses, das am Sonnabend zum Teil eingestürzt wurde, ist, wie berichtet, der 18 jährige Sohn des Polizeigesängnisaufsehers Kirstein aus Fabrikstraße gewesen. Der Knabe hatte, als er Bretter vom Boden holte, ein brennendes Licht zwischen Strohsäcke fallen lassen, das die Bretter darauf geworfen, um fortzulassen, ohne seinem Vater von dem Unfall etwas zu melden, so daß das Feuer solche gewaltige Ausdehnung erlangen konnte. Der Vater des Knaben, welcher erst vor 14 Tagen seine Mutter verloren hat, ist nun über den Streich bedauern so aufgebracht geworden, daß er seinen Sohn nach der Vernehmung in Jätschow bei Stettin gebracht hat. (1)

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung beschloß heute am Mittwoch nur mit unwesentlichen Vorlagen. Die Beschlußfassung über den Ankauf des der Luisenstraße gehörigen Gebäudes an der Sophie-Charlottenstraße wurde auf Antrag des Ausschusses vertagt, bis die gemischte Deputation zur Errichtung von Wohnungen für die minder bemittelten Klassen ihre Arbeiten beendet hat. Des Weiteren wurde beschloffen, das Haus Krummestraße 89 vom 1. Oktober ab auf weitere zwei Jahre für Schulzwecke zu mieten. Ein Antrag, der den Magistrat ersucht, über Gemeinde-Einrichtungen, Magistrats- und Gemeindebeschlüsse, die von allgemeiner Bedeutung für die Bürgerschaft sind, entsprechende Veröffentlichungen ergehen zu lassen, wurde angenommen; desgleichen ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, erneut geeignete Schritte dahin zu thun, daß der Stadt Charlottenburg das Präsentationsrecht zum Herrenhause beigelegt werde. Eine längere Debatte rief eine Interpellation hervor, worin der Magistrat ersucht wird, Auskunft darüber zu geben, welche Stellung er zu dem seitens der Polizeiverwaltung geplanten Erlaß einer Verordnung über das Schließen der Häuser einnimmt. Die Versammlung ersuchte den Magistrat: 1. dahin zu wirken, daß eine Polizeiverordnung über das Schließen der Häuser nicht erlassen werden möge, 2. daß das Polizeipräsidium das Personal für das Nachtwachwesen verstärkt, da das vorhandene nicht als ausreichend angesehen ist. — Eine Magistratsvorlage betreffend den Ankauf zweier Grundstücke zur Ergänzung des Rathhaus-Neubaugebäudes wurde abgelehnt, da der Ankauf zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß ein Bedürfnis für den Ankauf der Grundstücke voraussichtlich nicht vor 25 Jahren anzuerkennen ist.

Aus Groß-Väterseite wird uns berichtigt mitgeteilt, daß nicht Dr. Lehmann, sondern Oberlehrer Dr. Willenweber in der Gemeindevorstanders-Sitzung für Aufhebung der Schulkommission sprach.

Neu-Weihensee. Die Klagen über die Behandlung im hiesigen Krankenhaus werden durch ein neues Vorkommnis vermehrt. Ein Ausländer hatte das Unglück, vom Wagen zu fallen und sich schwer zu verletzen. Mitleidige Personen schafften den Verunglückten nach dem nahe gelegenen Auguste Victoria-Krankenhaus. Nach längerem Verweilen gelang es, für den Verletzten wenigstens einen Verband zu erwirken. Nachdem dies geschehen, wurde dem Mann bedeutet, das Grundstück wieder zu verlassen und zwar mit der Bemerkung, daß er wegen Trunkenheit nicht aufgenommen werden könne. Der Ausländer mußte demzufolge die Unterstützung anderer, wenn auch nicht berufsmäßiger Menschenfreunde in Anspruch nehmen.

Bedeutend bleibt, daß eine Einwirkung der Gemeinde auf dieses Institut zur Abstellung solcher Unfälle nicht möglich ist.

Johannisthal. Für die Neueinrichtung des Gemeindebüros wurden 500 M. bewilligt. Zu der in diesem Jahre bereits aufgenommenen Anleihe in Höhe von 40 000 M. muß noch eine weitere Anleihe von 15 000 M. aufgenommen werden, da wegen des unpassigen Baugrunds beim Feuerwehrturm- und Schulbau, und auch wegen einiger von der Regierung geforderten Änderungen beim Schulbau bedeutende Mehraufgaben eintreffen. Der Vertrag mit den Charlottenburger Wasserwerken wegen Lieferung von Wasser ist abgeschlossen; es wird mit dem Beginn der Leitungsröhren in nächster Zeit begonnen werden, da die Abgabe von Wasser von dem neuen Werke bereits am 1. Mai erfolgen soll.

Gerichts-Zeitung.

Unter Kameraden ganz egal. Von dem weiblichen Troste, den Edelsteine und Perlen des avarischen Reichs in Berlin suchen, erzählt eine anheimelnde Geschichte aus dem Großstadtsumpf. Des feinsten Umgangs rühmte sich mit Recht die unberechnete Clara Runge, die gestern aus dem Zuchthaus zu Delitzsch der neunten Strafkammer des Landgerichts I vorgeführt wurde, um sich wegen Betrugs und Urkundenfälschung zu verantworten. Wenn man die wegen sittenpolizeilicher Übertretungen und aller möglichen Vergehen schon oftmals vorbestrafte und jetzt zwei Jahre Zuchthaus verbüßende Angeklagte so in ihrem Anfallstosse sitzen sah, erschien es fast unbegreiflich, daß Männer, die den gebildeten Kreisen angehören, an ihr Gefallen finden konnten. Und doch bezogen ihr zwei als Zeugen vernommene Berliner und der Portier des „Grand Buffet“ in der Jägerstraße, daß die Angeklagte häufig mit Gutbesitzern, Offizieren und andern vornehmen Herren in den „Bard“ erschien und die Herren mit ihr reichliche Rache bis zu 50 M. hinauf machten. Sie hat dabei den Namen der Schulleiterin Martha Wohle als schändlichste gemißbraucht. Den Reklamen gegenüber, die der sehr und elegant auftretenden Verbrecherin glaubten, hat sie sich als Schulleiterin Wohle ausgegeben und es verstanden, die Leichtgläubigen zur Hergabe kleinerer Geldsummen zu bewegen; sie pflegte dabei zu erzählen, daß sie im Begriffe sei, eins ihrer Meißnerperle zu verkaufen und das Geld zurück zahlen werde, wenn der Verkauf perfekt sei. Wie die Angeklagte zu diesem Schwindel gekommen, ist nicht recht aufgeklärt worden. Sie behauptet, daß sie schon vor Jahren im selbigen euschlafenen Hippodrom unter dem Namen Ella Stella als Figurantin mitgewirkt habe und eine tägliche Besucherin des Circus gewesen sei, ja es sogar zum Besitze eines Freibilletts gebracht habe. Sie hat eine Anklage über ein Darlehen mit dem Namen Wohle unterzeichnet und sich somit auch einer Urkundenfälschung schuldig gemacht. — Der Staatsanwalt drückte sein Ersauern darüber aus, daß eine solche Person solche Rolle spielen konnte, und beantragte ein Jahr ein Monat Zuchthaus. Der Gerichtshof mußte einige Fälle ausscheiden, in denen nicht die Behauptung, Schulleiterin zu sein, sondern das ganze Fiktive der Angeklagten und ihr Verkehr mit den „Kavalieren“ das treibende Motiv zur Hergabe der Darlehne gewesen war. Die Angeklagte wurde deshalb nur zu drei Monaten Zuchthaus verurteilt.

Wegen Gendarmenbeleidigung war unser Parteigenosse Litfin in Lichtenberg vom Schöffengericht zu 30 M. Geldstrafe verurteilt worden. Die von Litfin gegen dies Urteil vorgelegte Berufung ist jetzt von der Strafkammer zurückgewiesen worden. Das Gericht hielt es für erwiesen, daß Litfin in einer Versammlung gesagt habe, die Behörde möge zur Ueberwindung Leute schicken, die weniger nervös seien als der anwesende Beamte; auch war das Gericht von der beleidigenden Natur einer solchen Äußerung überzeugt.

Im Militärbesetzung-Prozess zu Eiberfeld erschien am Mittwoch als besonders charakteristischer Zeuge Fabrikant Gustav Elshardt: Er sei 1893 zur Infanterie ausgeschrieben worden. Nachdem dies geschehen war, sei Baumann in die Wohnung seiner Eltern gekommen und habe den Vorschlag gemacht, ihn vom Militärdienst zu befreien, wenn er 2000 M. erhalte. Das Geld solle erst gezahlt werden, wenn die Sache erledigt sei. Baumann habe geraten, in demselben Jahre nicht zur Generalmusterung zu gehen, sondern kurz vor derselben Pillen zu nehmen. Dadurch werde er ein gelbes Aussehen erhalten und alsdann, mit der Angabe, an Gelbsucht zu leiden, sich ein ärztliches Attest ausstellen lassen, daß er nicht zur Generalmusterung kommen könne. Er habe dies getan und sich in folgendem Jahre auf Anraten Baumanns in Erfurt zur Generalmusterung gestellt. Dort sei er von dem Oberstabsarzt Dr. Schimmel untersucht und für dienstuntauglich erklärt worden. — Präsi.: Was haben Sie bei dem Untersuchungsrichter verschwiegen, daß Sie Pillen genommen haben? — Zeuge: Das weiß ich selbst nicht. — Präsi.: Sie haben doch bei dem Untersuchungsrichter geschworen, nichts zu verschweigen, und Sie haben auch heute erst nach eingehendem Befragen und längerem Zögern zugegeben, Pillen genommen zu haben. — Zeuge: Ich weiß wirklich nicht, weshalb ich das nicht gesagt habe, ich wurde jedenfalls nicht danach gefragt. — Präsi.: Sie haben alles zu sagen, was Sie wissen, auch wenn Sie nicht danach gefragt werden. Nehmen Sie sich in acht, daß Sie nicht an eine ganz andre Stelle wegen Verletzung Ihrer Eidespflicht gestellt werden. Sie haben an Baumann 2000 M. gezahlt. Was dachten Sie sich denn, wozu Baumann eine so hohe Summe fordert? — Zeuge: Ich glaubte, er müsse einen Teil des Geldes dem untersuchenden Arzt geben. — Präsi.: Wie lange haben Sie sich in Erfurt aufgehalten? — Zeuge: Acht Wochen. — Präsi.: Haben Sie nicht dort einen Bekannten getroffen? — Zeuge: Ich habe den Angeklagten Adolf Stöder in Erfurt getroffen. — Präsi.: Dieser hielt sich auch zu dem Zweck der Generalmusterung in Erfurt auf? — Zeuge: Jawohl, ich traf auch bei der Musterung mit Stöder zusammen. — Fabrikant und Stadtvorordneter Elshardt sen. bestätigt die Behauptungen seines Sohnes. Auf Befragen des Präsi. den, weshalb Baumann dem Sohn geraten habe, sich nicht in Solingen, sondern in Erfurt zur Generalmusterung zu stellen, bemerkt der Zeuge: Baumann sagte: In Erfurt ist es sicherer. — Präsi.: Von Baumann, was haben Sie hierzu zu erklären? — Baumann: Ich kenne allerdings Herrn Elshardt zu Jugend auf, wir haben uns auch, als ich in Solingen wohnte, gegnügt, über Militärangelegenheiten habe ich aber niemals mit ihm gesprochen. — Zeuge Elshardt sen.: Ich habe Baumann erst 1893 kennen gelernt, als er mich ansuchte. — Präsi.: Wo nicht Sie haben sich an Baumann gewandt, sondern Baumann hat Sie angesucht? — Baumann bleibt trotz aller Vorhaltungen des Präsi. bei seiner Ansicht.

Ueber die Sitzung vom Donnerstag meldet ein Telegramm: Generalarzt Dr. Stricker erklärt, Dr. Schimmel sei seit 1897 kein Untergeordneter. Derselbe sei streng gewissenhaft und ein Ehrenmann vom Scheitel bis zur Sohle. Aus dem Alten habe er erfahren,

daß Schimmel etwas oberflächlich und unzulänglich sei, weil er alle Menschen für anständig halte. Im Bereich des siebenen Armeecorps seien in den letzten zehn Jahren 602 Meisten wegen Herzfehlers, darunter 180 wegen beschleunigten Pulschlags, wieder entlassen worden; deshalb erging die Anweisung, bei den Aushebungen vorsichtiger zu sein, da andernfalls dienstliche Störungen veranlaßt und dem Staat unnötige Kosten verursacht würden.

Versammlungen.

Der socialdemokratische Wahlverein für den zweiten Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am 24. April bei Habel, Bergmannstraße, eine gutbesuchte Generalversammlung ab. Zunächst waren einige Anträge auf Statutenänderung zu erledigen. Es wurde beschlossen, dem § 2 hinzuzusetzen: „Mit dem Tode, dem Austritt oder der Ausschließung aus dem Wahlverein verliert das frühere Mitglied jedes Recht, das es etwa gegen den Wahlverein, den Wahlvereins-Vorstand oder gegen einzelne Mitglieder aus seiner Mitgliedschaft erworben hat.“ Ein Antrag, den Vorstand jährlich statt halbjährlich zu wählen, wurde abgelehnt. Ebenfalls abgelehnt wurde nach längerer Debatte folgender Antrag: Parteigenossen, welche Mitglieder des Wahlvereins sind und Interesse an den Besprechungen in den sogenannten Bezirksführer-Sitzungen haben, müssen zu diesen zugelassen werden.“ — Genosse Hünze erstattete dann den Kassenbericht. Am 21. Oktober v. J. war ein Bestand von 105,40 M. vorhanden. Einschließlich dieses Bestands und der 670 M. betragenden Einnahmen vom Winterfest wurden im letzten halben Jahr 2217,19 M. eingenommen. Insgesamt ausgegeben wurden 2162,37 M., davon 1050 M. für Agitationszwecke und 427,20 M. an Unkosten des Winterfestes. Es verblieb ein Bestand von 54,82 M. — Die Versammlung erteilte dem Kassierer Deharge.

Den Vorstandsbericht gab der Vorsitzende Genosse Berner. Daraus ist hervorzuheben: In Sachen der Accordmurer sei in Verhandlungen mit der Berliner Mauerorganisation eine Verständigung erzielt worden. Man habe Streikbruch als eine chloße Handlung anerkannt, die den Ausschluß aus dem Wahlverein nach sich ziehe. Nach den Feststellungen der zielbewußten organisierten Murer würden dadurch die meisten Accordmurer betroffen. Die Nachprüfung hätten sich die Vorstände der politischen Vereine vorbehalten. — Der Staccater Angst, den seine Gewerkschaft wegen Streikbruchs auf zwei Jahre ausgeschlossen habe, sei für dieselbe Zeit vom Vorstand aus dem Wahlverein ausgeschlossen worden. — Dem Antrage eines Mitglieds, den Genossen Mintwig aus dem Verein auszuschließen, habe der Vorstand nicht stattgegeben. Er sei vielmehr zu folgender Entscheidung gekommen: Es wäre allerdings zu mißbilligen, daß Mintwig als alter überzeugter Parteigenosse sich habe verhalten lassen, auf dem von Berner im Ueberstunde zu machen, obwohl seine Gewerkschaft danach strebe, die Ueberstunden zu beseitigen. Indessen wäre Mintwig von der Anklage, eine chloße Handlung begangen zu haben, freigesprochen werden, wobei besonders die eigenartigen Verhältnisse auf dem fraglichen Bau zu berücksichtigen waren. Gleich dem Vorstand der Lokalorganisation der Murer, welcher Mintwig angehört, erachtete auch der Wahlvereinsvorstand M. für genügend bestraft dadurch, daß er seiner Zeit auf Betreiben der Kollegen die Stellung verlor. — Der Verein zählte Ende März 1460 Mitglieder, wovon 311 im vorvorliegenden halben Geschäftsjahr neu eingetreten seien. Nach der aufgestellten Berufsstatistik gehörten dem Verein an: 1 Acker, 1 praktischer Arzt, 110 Arbeiter, 1 Bandagist, 1 Bandagenschneider, 1 Barbier, 4 Bäcker, 3 Böttcher, 1 Berichtserstatter, 10 Bildhauer, 1 Bote, 24 Buchbinder, 73 Buchdrucker und Seher, 1 Buchhändler, 1 Buchhalter, 1 Bretterträger, 2 Pflanzmacher, 2 Cigarrenmacher, 5 Cigarrenfabrikanten, 1 Klopfer, 3 Ciseleure, 1 Comptoirist, 2 Daubeder, 1 Privatdocent, 18 Drechsler, 1 Drechslermeister, 13 Dreher, 2 Droschkentreiber, 1 Diener, 1 Eisenler, 1 Elektrotechniker, 1 Expedient, 1 Expeditionsgeselle, 1 Fabrikant, 1 Fliesenleger, 1 Former, 1 Fräser, 1 Gärtner, 1 Gelbhäcker, 1 Gefäßschleifer, 1 Gießer, 7 Glaser, 1 Goldarbeiter, 1 Goldschmied, 4 Graveure, 27 Gärtler, 8 Händler, 2 Handschuhmacher, 23 Hausdiener, 1 Heizer, 1 Ingenieur, 2 Instrumentenmacher, 2 Kassenbeamten, 1 Kassierer, 26 Kaufleute, 7 Kellner, 1 Kermacher, 2 Kistenmacher, 1 Kesselwärter, 33 Klempner, 1 Kupferblech, 6 Kutscher, 3 Ladrer, 2 Lederarbeiter, 1 Lederhändler, 1 Lederzuschneider, 1 Limnier, 3 Lithographen, 20 Maler, 188 Murer, 4 Maschinisten, 16 Mechaniker, 1 Maschinenbauer, 11 Metallarbeiter, 9 Metallbrüder, 1 Milchhändler, 1 Möbelpolierer, 5 Monteur, 1 Pannarbeiter, 3 Pader, 2 Photographen, 3 Portiers, 2 Porzellanarbeiter, 2 Puffer, 1 Rechtsanwalt, 4 Redacteure, 6 Robelager, 9 Saitler, 61 Schaafwirte, 1 Salzdäner, 9 Schleifer, 40 Schlosser, 13 Schriftschreiber, 3 Schrifsteller, 7 Schmiede, 64 Schneider, 4 Schraubendreher, 54 Schuhmacher, 2 Schuhmachermeister, 2 Silberarbeiter, 2 Stelmacher, 1 Stenograph, 1 Stepper, 2 Stereotypen, 6 Steindrucker, 8 Steinmetzen, 11 Stuccateure, 1 Tauschler, 15 Tapezierer, 2 Tüchler, 222 Tischler, 1 Tischlermeister, 5 Töpfer, 5 Uhrmacher, 7 Zergolter, 1 Vorrichter, 1 Zeichner, 56 Zimmerer, 1 Zeugschmied, 1 Zugschneider. Bei 30 Mitgliedern stellt die Versammlung ab. — Im Anschluß an die Wiedereröffnung dieser Statistik führte Genosse Berner noch aus, die selbe ergäbe, daß man eher von einer Vernachlässigung der Parteiorganisation durch die Gewerkschaften, als von einer solchen der Gewerkschaften durch die Partei sprechen könne. Es sei notwendig, die Stellung der Gewerkschaften zu der Partei-Organisation in Versammlungen zu erörtern. Die Gewerkschaften müßten mehr dahin wirken, daß ihre Mitglieder sich politisch organisierten.

Zu später Nachtstunde wurde beschlossen, die Vorstandswahlen zu vertagen. Sie sollen in einer demnächst neu zu veranstaltenden Generalversammlung vorgenommen werden.

Der socialdemokratische Wahlverein für den sechsten Berliner Wahlkreis hielt am Dienstag in den „Arminiushallen“ in Moabit eine Versammlung ab, in der Genosse Dr. Wegl über: „Arbeiterethik in bürgerlicher und proletarischer Auffassung“ referierte. Eine Diskussion über den interessanten, beifällig aufgenommenen Vortrag wurde nicht beliebt. Bekannt gegeben wurde, daß das Mitglied Garkwitz Greise infolge eines Unfalls verstorben ist. Die Versammlung ehrte das Andenken des Verstorbenen in der üblichen Weise.

Der Agitation für den Achnuhr-Ladenschluß dienten zwei Versammlungen, die von dem aus 11 hiesigen Vereinen von Handlungsgesellen und Gehilfen sowie Handels-Hilfsarbeitern zusammengesezten Ausschuss am Mittwoch einberufen waren. Im Kongresshous Soudonj referierte Venno Haag. Nach einem historischen Rückblick auf die Bestrebungen für Herbeiführung eines Reim- bzw. Achnuhr-Ladenschlusses zeigte der Redner, daß die Geschäftsinhaber von jeder die schärfsten Gegner jeder Verlängerung der Arbeitszeit gewesen sind, und daß sie sowohl wie auch die ihren Interessen dienende Presse die schwersten Schädigungen als Folge der Sonntagsruhe und des Reim- bzw. Ladenschlusses prophezeit haben, daß aber von all diesen Prophezeungen das Gegenteil eingetreten ist. In Wirklichkeit — führte der Redner aus — besteht ja noch nicht einmal der allgemeine Reim- bzw. Ladenschluß. Die von 9 Uhr im Geschäft anwesenden Kunden dürfen noch nach 9 Uhr bedient werden, und dann beginnt erst die Aufsammlungsarbeit der Hausdiener. Ferner giebt es im Jahr 40 Ausnahmetage, an denen die Geschäfte länger als bis 9 Uhr offen gehalten werden dürfen, und die Fabrik- und Engros-Geschäfte fallen nicht unter die gesetzliche Bestimmung des Reim- bzw. Ladenschlusses. Diese Freiheit wird denn auch häufig ausgenutzt. Wenn man in der Saison durch das Konfektionsviertel geht, kann man die Angestellten bis spät in die Nacht hinein arbeiten sehen. Aber auch sonst wird der Reim- bzw. Ladenschluß noch oft umgangen, und das ist möglich, weil es an jeder Kontrolle für die Durchführung des Gesetzes fehlt. Eine solche Kontrolle nach Art der Gewerbe-Aufsicht ist ein notwendiges Erfordernis. Die Fälle, wo den Angestellten die gesetzlich bestimmte Pausen nicht gewährt werden, sind gar nicht selten. Bei einer bekannten hiesigen Firma der Cigarrenbranche wird dem Verkäufer, wenn er die ihm gesetzlich zustehende Mittagspause machen will, gesagt: Gehe! Sie dürfen zu Tisch gehen, aber Sie wissen wohl, wenn wir uns darüber sprechen, das heißt also,

dem Gehilfen wird gekündigt, wenn er von seinem gesetzlichen Recht Gebrauch macht. So sieht es mit der Intehaltung der gesetzlichen Bestimmungen seitens eines Teils der Geschäftsinhaber aus. — Mit dem Reim- bzw. Ladenschluß ist das Prinzip der Verkürzung der Arbeitszeit im Handelsgewerbe durch die Gesetzgebung anerkannt. An uns ist es nun, für weitere Beschränkung der Arbeitszeit unermüdet zu agitieren und nicht eher zu ruhen, als bis unsere Forderung des Achnuhr-Ladenschlusses erfüllt ist.

Nach kurzer, dem Referat zustimmenden Aussprache wurde die folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die von Frauen und Männern zahlreich besuchte Versammlung richtet an das laubende Publikum aller Bevölkerungsschichten das dringende Ersuchen, alle Einkäufe vor 8 Uhr abends zu besorgen, um dadurch sämtliche Ladeninhaber Berlins für die Einführung des allgemeinen gesetzlichen Achnuhr-Ladenschlusses gewinnen zu helfen. Gerade die bedürftigsten Sommermonate sind dazu angethan, in den Ladenangestellten das Verlangen nach einer angemessenen Feierstunde aufs neue wachzurufen, denn die Einführung des gesetzlichen Achnuhr-Ladenschlusses wird es ihnen erst ermöglichen, außer dem Geschäft sich auch der Erhaltung und Kräftigung ihrer Gesundheit, der Pflege ihres Familienlebens und der eigenen geistigen Fortbildung zu widmen.“

Im Eiseller, wo die zweite Versammlung stattfand, referierte Diemel vom Deutschenationalen Handlungsgesellen-Verein. Dem Referat folgte eine rege Diskussion, in der sich außer den Handelsgesellen auch einige Kleingewerbetreibende für den Achnuhr-Schluß erklärten, während ein Straßenhändler dagegen sprach. Eine Resolution desselben Inhaltes wie die vorhergehende wurde angenommen und außerdem beschlossen, den Bundesrat zu ersuchen, daß er für den Erfolg von Ausführungsbestimmungen auf Grund des § 189a der Gewerbe-Ordnung Sorge trage.

Spandan. In einer gutbesuchten allgemeinen Gewerkschafts-Versammlung zu Spandan referierte am Sonnabend Genosse Dr. Karl Liebknecht über das Thema: „Das Bürgerliche Gesetzbuch und der gewerbliche Arbeitsvertrag“. Der interessante Vortrag wurde mit lautem Beifall aufgenommen. Hierauf erstattete Genosse Sage Bericht über die Thätigkeit des Spandaner Gewerbegerichts im verfloffenen Jahre. Insgesamt wurden 71 Klagen bei dem Gewerbegericht anhängig gemacht; davon wurden 33 im ersten Termin erledigt. In den Spruchsitzungen gelangten 38 Klagen zur Verhandlung; hiervon erludeten 14 mit Abweisung der Kläger, 6 mit Zurückweisung der Beklagten und 12 durch Vergleich. Zum Schluß forderten die Genossen Dr. Liebknecht und Koniger zur politischen und gewerkschaftlichen Organisation und zur kräftigen Unterstützung der Arbeiterpresse auf.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen (gegr. 1892). Heute abend in den „Arminiushallen“, Kommandantenstraße 20: Geschäftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage von J. S. B. Dies Nach in Stuttgart ist soeben erschienen: **Die deutsche Städteverwaltung.** Ihre Aufgaben auf den Gebieten der Volkshygiene, des Städtebaus und des Wohnungswesens. Von C. Hugo. XII und 816 Seiten 8°. Preis broschiert 10.— M., gebunden in engl. Leinwand 11,50 M.

Der durch sein im gleichen Verlage 1897 erschienenes Buch „Städteverwaltung und Municipal-Socialismus in England“ in weiten Kreisen bekannt gewordene Verfasser C. Hugo legt in dem vorliegenden Buche die Resultate mehrjähriger Quellenstudien und Forschungen auf dem Gebiete der deutschen Städteverwaltung vor. Bei seiner Arbeit hat er sich weitgehend und wohlwollender Unterstützung seitens der großen Mehrheit der hiesigen Verwaltungen zu erfreuen gehabt. Es wurde ihm dadurch möglich, ein reichhaltiges Material zu benutzen, das in den Berichten und Druckschriften der hiesigen Behörden niedergelegt und daher nicht allgemein zugänglich ist. Das Buch dürfte für alle, die in der Stadt- und Gemeindeverwaltung praktisch thätig oder an ihrer Entwicklung theoretisch interessiert sind, von dem größten Interesse sein.

Vermischtes.

Verwüstung eines Kirchhofs. In Odenkirchen (Rheinland) wurde in der vergangenen Nacht der katholische Friedhof in unglücklicher Weise zugerichtet. Ueber 30 Gräber wurden aufgebrochen und verwüstet, Kreuze und Denkmäler demoliert und von 50 Bäumen die Kronen abgeschlagen. Von den Thätern steht bis jetzt jegliche Spur.

Ueber eine Störung im Eisenbahn-Betrieb wird aus Glätschadt amtlich gemeldet: Beschädigung der Eisenbahn-Brücke über die Stör bei Ipehoe. Infolge Antreibens eines Schiffs ist der durchgehende Zugverkehr auf der Strecke Altona-Gimshorn-Heide bis auf weiteres unterbrochen. Der Personenverkehr wird durch Umsteigen an der Unfallstelle aufrecht erhalten. Güterverkehr wird umgeleitet.

Schiffsunglück. Wie man aus Hamburg meldet, ist der 1888 Regiertons große Dampfer „Tosher“, Kapitän Sindall, mit Salz- und Getreideladung von Idon nach Mauritius unterwegs, während schwerer Seegang auf Klippen bei Larvik zerlegt worden und vollständig zertrümmert worden. Von 85 Mann Besatzung sind 40 ertrunken. Der an Bord befindliche Kolonialselectur Sir Graham Bower leitete die Verputungsarbeiten. Der Kapitän liegt schwerverletzt im Krankenhaus daneben.

Ueber ein schweres Brandunglück wird der „Germania“ aus Bildehausen in Oldenburg berichtet: Mittwochabend um 2 Uhr brante in der benachbarten Kapellengemeinde Nechtersfeld die Kaplanei vollständig nieder. Der Kaplan Ballenhorst sowie dessen Mutter und Schwester konnten nur das nackte Leben retten, jedoch ist die Mutter bereits einige Stunden später den Brandwunden erlegen. Auch haben der Kaplan und dessen Schwester so starke Brandwunden davon getragen, daß man jeden Augenblick das Schlimmste bei der Schwester befürchten muß; ebenfalls schwebt der Kaplan in Lebensgefahr.

Von einem furchtbaren Unwetter wird aus Kallutta telegraphisch berichtet: Ein heftiger Staubsturm, begleitet von einem wolkenbrünstigen Regen, juckte Mandalay am 23. d. M. heim. Durch den Sturm wurden große Verwüstungen angerichtet; auch sollen demselben Menschenleben zum Opfer gefallen sein, deren Zahl nach den letzten Nachrichten auf zwölf angegeben wird.

Waldbrand. Seit Donnerstagnachmittag 2 Uhr wüthte, wie die Duisburger Volkszeitung meldet, in den königlichen Forsten bei Hiesfeld ein großer Waldbrand. Mehrere Feuerwehren sind angezogen thätig. Militärische Hilfe wurde erbeten.

Spielhölle von Roule. Die soeben veröffentlichte Neujährige Spielbilanz von Roule ergab im Vergleich mit dem vorigen Jahre eine Abnahme von 60 000 M. Die Gesamteinnahmen betragen 19 104 000 M. Die Dividende ist um 8 M. gekürzt, beläuft sich aber für jetzt jährlich 1 400 000 M. gegen 1 000 000 M., die er früher erhielt. Albert von Monaco sind außerdem weitere 500 000 M. für die Erhaltung seiner Leibgarde zugesprochen worden, sowie die Vergütungen der Ausgaben des Hofes.

Witterungsübersicht vom 25. April 1901, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Wolken- höhe	Wetter
Zwischen- see	768,50	5	wolfig	5	Caparanda	775,0	2	wolfig	1
Sombrun	767,90	3	wolfig	7	Ferretburg	773,90	2	h. bed.	-1
Prin	768,90	4	wolfig	7	Leit	769,00	3	h. bed.	8
Frankf. M.	768,90	2	wolfig	11	Wiederden	767,00	2	h. bed.	10
Wien	761,0	6	wolfig	8	Paris	759,0	2	wolfig	13
Wien	760,9	2	wolfig	10					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 26. April 1901.
Trocken und vorwiegend heiter, nachts kühl, am Tage ziemlich warm bei mäßigen nordöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.